

Pressezensur! Die Arbeiterstimme mit Verbot bedroht! Werbt für eure Presse!

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungsbestellern und in allen Städten erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen
Verbreitungsgebiet Ostsachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den
Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter

Einzelnummerpreis: Die normale gedruckte Tageszeitung über deren
Raum 25 Pf., für Familienkreise 20 Pf., für die Kreisgebiete (außerhalb
des Reichsgebietes) 30 Pf. (einschl. Post). Anzeigenpreise: Tages-
blätter 5 bis 10 Pf. je Zeile je Tag. Einzelheft 2 Pf.

Einzelnummerpreis: Bei dem monatlich 1,20 RM (einschl. im Voraus), durch
die Post 1,30 RM (einschl. Postgebühren). Der "Arbeiterstimme" erhebt sich
über alle Grenzen und über alle Parteien. Im Falle der Verhaftung des
Verlegers wird die Zeitung ohne auf Veranlassung des Verlegers
weitergeführt.

Verlag: Tredecker Verlagsgesellschaft mbH, Tredecker-Str. 1, Dresden-18
Vertrieb: Buchhandlung, 2. Straßend. 17/18, Dresden-18
Erscheinensort: Dresden, 16-18 Uhr alle Wochentage, 19-21 Uhr
besonders und arbeitertag. Sonntags, 19-21 Uhr (außer
Sonderausgaben).

6. Jahrgang

Dresden, Donnerstag den 15. Mai 1930

Nummer 112

Waffengewalt statt Hygiene

Altsozialist Kühn verhängt Belagerungszustand über Dresden — Droht mit Verbot der Arbeiterstimme — Will verhindern, daß Proletariat am 17. Mai aufmarschiert — Auch SPD-Demonstration unter Verbot — Massensturm in Betrieb und Stempelstelle muß die Antwort sein!

Dresden, den 15. Mai.

Die Arba (Arbeitsgemeinschaft sozialpolitischer Organisationen) die gemeinsam mit der Kommunistischen Partei zu Sannabend dem 17. Mai, 18 Uhr, auf dem Paulplatz in einer Massenversammlung gegen den Hygieneprogramm der Bourgeoisie aufgetreten hatte, erhielt gestern nachfolgende amtliche Zuschrift des Dresdner Polizeipräsidenten:

„Hierdurch wird Ihnen zur Kenntnis gebracht, daß das Polizeipräsidentium laut amtlicher Bekanntmachung vom heutigen Tage auf Grund des Artikels 23 Abs. 2 der Reichsverfassung für die Zeit vom 15. bis 18. Mai d. J. alle Versammlungen und Umzüge unter freiem Himmel für das Gebiet der Stadt Dresden verboten hat.

Zur Begründung dieses Verbotes wird Ihnen folgendes mitgeteilt: Die hiesige „Arbeiterstimme“, Tageszeitung der Kommunistischen Partei Deutschlands, Sektion der Kommunistischen Internationale, Bezirk Sachsen, ruft in außerordentlich aufmerksamer Schreibweise in den Nummern 87 vom 12. April, 107 vom 9. Mai, 108 vom 10. Mai, 109 vom 12. Mai, 110 vom 13. Mai d. J. für den 17. Mai d. J. den Tag der Eröffnung der Internationalen Hygieneausstellung, zu einer sogenannten Glendemonstration auf. Des weiteren hat, wie dem Polizeipräsidentium bekanntgegeben ist, am 25. April d. J. in einer Versammlung der sogenannten Arba in Chemnitz der Referent Hans Reusch aus Dresden dafür gearbeitet, daß sich an dieser Glendemonstration auch die „Krüppel und Invaliden“ aus Chemnitz beteiligen, was die Annahme rechtfertigt, daß zu der feindlichen Demonstration, nämlich wie am 13. März d. J. von der Kommunistischen Partei Deutschlands auch aus anderen Landesteilen Demonstranten nach Dresden gezogen werden sollen.

Mit Rücksicht auf die in Zusammenhang mit der Eröffnung der Hygieneausstellung in diesen Tagen hier stattfindenden Veranstaltungen stellen diese „Glendemonstrationen“ wie etwaige andere von kommunistischer oder ihrer nahestehender Seite veranstaltete Demonstrationen unter freiem Himmel bei der ganzen Einstellung der Kommunistischen Partei und angesichts der Erfahrungen, die in den letzten Monaten hier und anderswo gemacht worden sind, eine unmittelbare Gefahr für die öffentliche Sicherheit dar.

Das Polizeipräsidentium macht noch ausdrücklich darauf aufmerksam, daß eine etwaige Aufforderung in der Presse usw. gegen dieses Verbot zu verstoßen, sich als eine nach dem Paragraphen 110 bzw. 111 des Reichsstrafgesetzbuches strafbare Handlung darstellt, und daß es jedem Verstoß, das Demonstrationserbot zu durchbrechen, gegebenenfalls mit Waffengewalt entgegenzutreten wird.

Polizeipräsidentium.
geg.: Kühn.

Über 60000 Erwerbslose gibt es in Dresden. Ein Drittel der Gesamtbevölkerung der sächsischen Hauptstadt leidet hungert und darbt von den Bettelplettigen der amtlichen „Fürsorge“. Die betriebsstätigen Arbeiter und Arbeiterinnen müssen unter Hungerlöhnen die Opfer des Krieges und der Arbeit müssen hertreten gehen, das Wohnungs-, das Kleiderleben ist zum Rang einer sozialen Katastrophe erhoben. Der neue Etat der Stadt Dresden wölft ein „links“sozialdemokratischer Degerent verantwortlich W. bringt neue Massenbestellungen, weitere Not, weiteres Elend. Mit dem Verbot der sächsischen Metallindustriellen auf Lohnabbau verbindet sich die Offensive des Brüning-Kabinetts auf weitere Kürzung der Erwerbslosenbezüge.

Waffenelend statt Hygiene, Hunger und Not statt menschenwürdiges Dasein!

In dieser Zeit der qualvollsten sozialen Not veranstaltet die Bourgeoisie in Dresden eine Internationale Hygieneausstellung.

„Hygiene“ mit 150 Zeitungen für die Seiten und Reihen!

„Hygiene“ für die Luxusbedürfnisse der Kapitalisten!
„Hygiene“ für die Reklamezwecke der IG Farben, der großkapitalistischen Konzerne.

„Hygiene“ als Attrappe, als Potemkinsches Dorf, Hygiene, um hinter einer schillernden Fassade das Elend der arbeitenden Massen zu verbergen. Eine freche soziale Lüge der herrschenden Klasse ist diese ihre Selbstverleugung, auf Kosten der wertvollen Steuerzahler organisierte internationale „Hygiene“parade.

Gegen diesen Schwindel hatte die Kommunistische Partei und die Arbeitsgemeinschaft sozialpolitischer Organisationen zur Protestdemonstration aufgerufen. Diese „Glendemonstration“ sollte keine Betrugsdemonstration sein, sondern prola-

Alarmierende Nachricht für die Erwerbslosen!

Bürgerblod will Unterjügung um weitere 335 Millionen abbauen

Berlin, 15. Mai. (Eigene Drahtmeldung.)

Gestern hat Stegerwald, der sächsische Arbeitsminister, im Haushaltsausschuß des Reichstages seine neuen schändlichen Vorschläge auf die Arbeitslosenversicherung enthüllt. Heute werden weitere Einzelheiten der Pläne bekannt, die die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung vorlegt. Es soll ein einmaliger Abschlag von 335 Millionen Mark ausgeführt werden, d. h. es hoch wird der Abbau werden. 260 Millionen Mark sollen wie folgt „eingespart“ werden:

Für die oberen fünf Lohnklassen der Hauptunterstützungsempfänger soll die Unterjügung auf die Höhe der Kriegsjahre gekürzt werden. Für Arbeitslose mit kurzer Anwartschaftsdauer, vor allem für sämtliche Saisonarbeiter wird eine Sonderregelung getroffen. Sie sollen aus der Versicherung überhaupt herauskommen. Ferner wird die Unterjügung allgemein auf Arbeitstote im Alter von 17 bis 65 Jahren begrenzt. Für Ehegatten, die keine berufstätig sind, wird die Unterjügung gekürzt. Gegen geringen Lohn Beschäftigte sollen „versicherungsfrei“ sein. Sie sollen aus der Versicherung herausgelassen. Nach vorhergehendem Bezug von Kriegunterstützung wird die Dauer des Bezugs der Arbeitslosenunterstützung herabgesetzt, und zum Schluß werden alle Beiträge auf 4 Prozent erhöht.

Die Antwort ist prompt erfolgt. Statt Hygiene Waffengewalt, statt Recht auf Reinigungsarbeiten drohendes Presseverbot, statt Brot den hungernden Massen Polizeiknüppel und Kugel. Das ist die Antwort der kapitalistischen Republik und ihrer Polizeigenossen an die hungernden Massen. So wie der Altsozialdemokrat Kühn, antwortete Osterlönning der „links“sozialdemokratische Fleischer den hungernden Jungarbeitern...

Aber der Belagerungszustand soll nicht nur die Glendemonstration am 17. Mai treffen, er bezieht sich auch auf die sozialdemokratische Frauendemonstration am 18. Mai. Der Reichssozialdemokrat Kühn folgt seinem „linken“ Kollegen Fleischer in der Terrorisierung selbst sozialdemokratischer Arbeiterdemonstrationen. Wir erwarten selbstverständlich, genau wie in Leipzig, daß die SPD-Führer sich der Polizeiknute unterwerfen werden. Sehen Sie doch in ihr ein willkommenes Mittel, den proletarischen Massenprotest gegen den Dresdner Hungeretat ihres Parteigenossen Kühn zu „schwächen“. Aber werden die sozialdemokratischen Arbeiter und Arbeiterinnen schweigen? Werden Sie die Methoden eines imperialistischen Diktaturregimes „im Namen der Demokratie“ ohne Massenprotest, ohne Protestierung mit den kommunistischen Arbeitern und Arbeiterinnen hinnehmen?

Mit Waffengewalt gegen die Glendemonstration am 17. Mai? So also soll verhindert werden, daß die hungernden Frauen und die ausgebeuteten Arbeiter ihr Elend hinausschieben, daß die Bestreben der Bourgeoisie ungehindert durch den „Straßenlärm des Pöbels“ vorantreiben gehen?

Glaubt Herr Kühn, mit den Mitteln des Belagerungszustandes das Klassenbewußtsein und den Hunger der empörten Massen unterdrücken zu können? Hoffi er erfolgreicher zu sein, als seine Kollegen Jörgiebel und Fleischer?

Waffenprotest in den Betrieben, den Gewerkschaften, den Stempelstellen, den proletarischen Organisationen muß die Antwort sein. Lautlos muß der Ruf erschallen: Fort mit dem Belagerungszustand! Fort mit dem Hygieneimperialismus!

Demonstration trotz Polizeiverbot

Wingersturm in Gernersheim / Mit Karabinern gegen Kleinbauern / Arbeiter, schließen das Bündnis zwischen Stadt und Land / Roter Landsonntag am 15. Mai!

Am Dienstag, 13. Mai, demonstrierten in Gernersheim 5000 Heine Winger gegen die bayerische Regierung, durch welche sie seit Jahren unterdrückt werden.

Die kleinen Bauern erhielten in den letzten Tagen Mähen von Straßbefehlen, weil sie eine amerikanische Rede anbauen. Gernersheim gilt einem Heerlager und ein Demonstrationserbot mußte unter dem Waffendruck eingehalten werden. Die mit Karabinern bewaffnete Volkshilfe der Polizei wurde durchbrochen, und die Vertreibung der Bauern auf die Hilfe der Reichsregierung durch Landsozialisten und christlich-sozialen Bauernbetrüger wurde von einem erheblichen Teil der Bauern scharf zurückgewiesen. Ein Teil der Bauern will das Ergebnis abwarten. Die kleinen Bauern treten auf den Plan und die Arbeiter müssen mit ihren reichen Erfahrungen der Bauern im Kampf um ihre Interessen gegen die verlogene Führung im Landbund und die Bauernbetrüger von der Grünen Front unterstützen.

Am Sonntag ist Roter Landsonntag, da gilt es das Kampfbündnis der Dorfarmut mit dem Klassenbewußten Industrieproletariat gegen die Herrschaft der Ausbeuter zu festigen.

Erste Sowjetmacht in Indien

Die Arbeiter und Bauern trotzen der Waffengewalt

Bombay, den 15. Mai.

Trotz Verbot und Belagerungszustand unternehmen 200 Tausend einen Sturm auf das Salzdepot Chirada. Es kam zu blutigen Zusammenstößen mit der Polizei. Eine Reihe der in den letzten Tagen verhafteten Arbeiter sind in den Hungerstreik getreten.

Bombay, 15. Mai. (Eigene Drahtmeldung.)

Nach Meldungen aus Scholapur haben die indischen in der Stadt die englischen Behörden abgesetzt und eine Sowjetregierung gebildet. Die Organe in der Regierung wurden in einer Delegiertenversammlung von Arbeitern und Bauern, Intellektuellen und Soldaten gewählt. Die revolutionäre Regierung hat eine Truppe aus bewaffneten Arbeitern gebildet. Die offizielle Polizei wurde entwaffnet.

Inzwischen wurde die Stadt von den englischen Truppen besetzt. Das Standrecht wird mit rücksichtsloser Schärfe durchgeführt. Alle Straßenkrenzungen und amtlichen Gebäude sind von starken Patrouillen mit Maschinengewehren besetzt. Jeder Mensch, der die Straße betritt, wird ohne Warnung niedergeschossen.

Der Zustand in Scholapur ist das bedeutendste Ereignis der indischen Revolution. Scholapur ist eine rechte Arbeiterstadt. Die Textilarbeiter sind in ihrer ganzen Mehrheit im revolutionären Textilarbeiterverband organisiert. Nach einem heldenhaften Kampf haben die Textilarbeiter von Scholapur die Soldateska MacDonalds in die Flucht geschlagen und die Stadt in ihre Gewalt gebracht. Sie haben zum ersten Male in der Geschichte der indischen Revolution eine Sowjetregierung gebildet.

Die Sowjetregierung von Scholapur nimmt das historische Ziel der indischen Revolution vorweg. Der Beispiel von Scholapur wird den revolutionären Kampf der werktätigen Massen in Indien gewaltig befeuern. Und in begeisterten Gruß den Helden von Scholapur!

Blutiger Banditenüberfall der Nazis auf Heidenauer Arbeiter

Mit Mordinstrumenten gegen eine Minderheit / Die Polizei verhaftet die Ueberfallenen Verkärt die antisozialistischen Schutzorganisationen der Arbeiter!

Heidenau, 15. Mai. (Eig. Bericht.)

Bergehen haben bisher die Nazis die „Eroberung Heidenaus“ versucht. So versuchten sie gestern einen „Sturmangriff“, indem die ortsanhörige Garde von ganzen 15 Mann unter Führung des berüchtigten Hausstein, 250 uniformierter Nazis aus Dresden und Umgebung kamen. Provokierend gegen diese Geiseln durch die Arbeiterziel, angeführt durch die einem sozialdemokratischen Bürgermeister unterstehende Ortopolizei.

Nur selbstverständlich, daß die empörten Arbeiter Heidenaus die Nazis vor dem Versammlungsort mit revolutionären Arbeiterliedern empfingen. Im Nu schlugen die faschistischen Arbeitermörder

mit Meißern, Schlagringen und Stahlruten auf die Arbeiter ein.

Ein jeder von ihnen war mit Mordinstrumenten versehen. Natürlich legten sich die Arbeiter zur Wehr. Die bürgerliche Presse meldet heute morgen, daß eine Reihe von Nazis, darunter ein Rechtsanwalt Dr. Rangler, schwer verletzt ins Krankenhaus eingeliefert seien, daß also „die mit Waffen versehenen Kommunisten angegriffen“ hätten. Zeit nicht aber, daß die Arbeiter eine Reihe von Verletzten haben und daß sie erst zurückfliehen, als einige der ihnen mit Mordinstrumenten niedergeschlagen wurden.

Wie immer, so ging das Dresdner Heberfallkommando, das in 3 Großkampfwagen und 2 Panzerautos heranzügte, ausschließlich gegen die Arbeiter vor. Eine

Treibjagd auf kommunistische Funktionäre wurde gemacht. Gen. Pfeiffer verhaftet, die Wohnung des Gen. Günther umstellt. Den Nazis geschah nichts. Unter

Polizeischutz hielten sie ihre Versammlung ab, unter Polizeischutz wurden sie nachher abtransportiert.

Die bürgerliche Morgenpresse berichtet, daß der Führer der Nazis, von Killinger, beabsichtigt, beim Innenminister des faschistischen Bürgerkabinetts wegen ungenügender Polizeimahnahmen in Heidenau Protest zu erheben. Das paßt zu diesen Streikbrecher- und Kapitaltschnecken, die Arbeiter blutig niederschlagen, aber in Thüringen gemeinsam mit den Kapitaltschnecken in einer Regierung sitzen.

Der Heidenauer Vorfall zeigt, daß die Arbeiterklasse ihren Kampf gegen den Faschismus verkärtet muß, daß in diesem Kampfe die kommunistischen, sozialdemokratischen und parteilosen Arbeiter und die Arbeitermitglieder des Reichsbanners zusammenstehen müssen.

Der SPD-Presse bleibt es bei allen Zusammenhängen der letzten Zeit vorbehalten, über die Opfer, die die Arbeiter im Kampfe gegen die faschistischen Banditen bringen, den Schmähfädel des Sohns auszuweichen.

Es wird gemeldet, daß der Hohenzollernprinz August Wilhelm der Nazi-Partei beigetreten ist. Auch das paßt zu ihnen. Kapitaltschnecken, Verfassungsminderer der „verjudeten“ Republik als Naziführer und Mitglieder des Hohenzollern-Hauses, die dem werktätigen Volk Hunderte von Millionen abgezwickelt haben, als Mitglieder!

Arbeiter Heidenaus!

Heraus zur Protestkundgebung gegen faschistische Arbeitermörder morgen um 19.30 Uhr im „Schützenhaus“.

Durchbruch bei Post und Eisenbahn

Starker Vormarsch der revolutionären Eisenbahneropposition in Gotha, Halle und Oberschlesien

Die ersten vorliegenden Resultate der Reichsbahnbetriebsratswahl aus den einzelnen Bezirken zeigen überall ein starkes Auswachsen der Stimmen der revolutionären Gewerkschaftsopposition. Die sozialdemokratische Presse schmeißt sich aus und bracht bis jetzt nicht einmal die Dresdner Resultate. Sie will dadurch bei den Arbeitern den Glauben erwecken, daß alles beim alten geblieben ist. In der Tat aber wird sich sehr vieles in den Reichsbahnbetrieben ändern. Trotz aller systematisch durchgeführten Säuberungsaktionen in den Betrieben, trotz fortgesetzter Maschinenentlassungen und Ausschlüsse aus dem Einheitsverband ist die revolutionäre Gewerkschaftsopposition weiter notwendig, neue Gesichtspunkte werden erobert, andere weiter ausgebaut.

Wir können die vielen Einzelergebnisse natürlich nicht veröffentlichen, werden zum Gesamtergebnis Stellung nehmen und wollen heute nur einige wichtige Ergebnisse mitteilen.

Reichsbahnbetriebsratswahl Gotha:	
Revolutionäre Opposition	514 Stimmen
Einheitsverband	95
Ungültig	95
Vormontagewerkstatt Gleiwitz:	
Revolutionäre Opposition	619 Stimmen, 9 Sitze
Einheitsverband	51
Allgemeiner Eisenbahnerverband	31
Gewerkschaft der Eisenbahner	134
Wagenwerkstatt Gleiwitz:	
Revolutionäre Opposition	461 Stimmen
Allgemeiner Eisenbahnerverband	359
Gewerkschaft der Eisenbahner	261
Einheitsverband	335
Aus dem Bezirk Breslau:	
Revolutionäre Opposition	2.450 (1.857)
Einheitsverband	11.116 (14.531)
Ungültig	1.857 (1.850)
G. d. E. (Einheits)	2.149 (2.179)
Halle/Thüringen:	
Opposition	332 Stimmen, 5 Sitze
Einheitsverband	238
G. d. E.	42
Ungültig	12

Roter Sieg auf Hennigsdorf

Berlin, 15. Mai. (Eigene Drahtmeldung.)

Gestern fand die Betriebsratswahl im Stahl- und Walzwerk Hennigsdorf statt, die einen überwältigenden Sieg für die revolutionäre Gewerkschaftsopposition brachte. Die Reformisten und Christen erlitten erhebliche Verluste. Die an Stimmen, die von der roten Liste aufgefangan wurden. Die rote Liste erhielt 793 Stimmen (50%), die Reformisten 126 (20%), die Christen 117 (15%). Die Sitze im Arbeitererrat verteilen sich: 4 Sitze (117), Reformisten 1 (3), Christen 1 (2). Im Betriebsrat hat die Opposition 7 Sitze, alle übrigen zusammen 1 Sitze. Die Opposition hat die absolute Mehrheit im Arbeiter- und Betriebsrat.

Wo die Opposition im Kampf die Interessen der Arbeiter vertritt, ist unter Vormarsch unauflöslich.

Blumentag oder Kampf?

Zur Eröffnung der Hygienausstellung

Der Dresdner Blindenverein hatte bereits im vergangenen Jahr einen sogenannten „Blumentag“ für Blinde in Dresden veranstaltet und damit begonnen, eine Form der Enarbeitshilfe im Sachverstand aufzulegen, die die Opposition im Verein mit Recht aufs schärfste bekämpft hat. In Dresden ist die Sache leider noch zu schwach und politisch zu unklar, um wirklich mit Erfolg durchzuführen zu können. Nun hat der Dresdner Blindenverein beschlossen, auch in diesem Jahre einen solchen Festsammler zu organisieren und diesen anlässlich der Eröffnung der Hygienausstellung am 17. und 18. Mai durchzuführen. Was dienen nun die Gelder, die die Blinden an diesen Tagen sammeln können? Der Dresdner Blindenverein hat zum Festtag die 2000 RM, die er voriges Jahr zusammengekauft hat, noch heute auf der Bank liegen, er will das Geld anheben.

am sich ein Haus kaufen zu können!

Aber nicht hat der Verein ein Vermögen, nurdinge beweisen auch ein Blindenvereinsmitglied, daß es gar nicht eine unter-

schämte Ausnutzung der Blinden darstellt, wenn man derartige Sammler durchführt. Das Geld, das der Blindenverein sammelt, dient nicht zur Verringerung der großen Not der Blinden, wie es die Öffentlichkeit annimmt. Wie könnten denn auch die Interessen der jenseit proletarischen Blinden durch Leute, wie Herr Sanfter Arnold und Konrad v. Müntel, vertreten werden!

Die Dresdner proletarischen Blinden

müssen endlich erkennen, daß ihre Forderungen nur im Kampfe der herrschenden Klasse abgetrotzt werden können und daß kein Elementar ihre furchtbare Lage verbessern wird. Gemeinsam mit allen Opfern des Krieges und der Arbeit müssen auch die Blinden den Kampf gegen die soziale Reaktion aufnehmen. Durch Briefschaften wird sich der Rat der Stadt Dresden nicht dazu bewegen lassen, die Verschlechterungen bei der Benutzung der Straßenbahnen für die Blinden zurückzunehmen. Alle Verschlechterungen, und vor allen Dingen eine Erhöhung der Renten, sind nur durch Kampfmaßnahmen zu erreichen. So müssen sich innerhalb des Dresdner Blindenvereins, genau wie in anderen Orten, die hasserregten Blinden zu einer innerparteilichen Arbeit zusammenschließen.

Nazis flüchten zum Klassenrichter

Drei Kommunisten verurteilt

Der verantwortliche Redakteur unseres Feindorgans, des „Klassenkampfes“ in Halle, wurde wegen „Aufreizung zum Ungehörigen gegen die Staatsgewalt“ zu 250 Mark Geldstrafe, und zwei Jugendgenossen wegen derselben Delikte zu je 100 Mark verurteilt.

Der Ungehörigen gegen die Staatsgewalt wird darin erblickt, daß ein „Klassenkampf“ ein Verstoß gegen die Gesetze ist, die die Faschisten in ihrer Unerschrockenheit durchzusetzen wollen. Die faschistischen Wächter sollen nötige Handlungsmaßnahmen für ihren Terror gegen das Proletariat bekommen, jede Abwehr soll nach dem Willen des Klassenrichters bestraft werden. So wird es die Ordnung unterer jenseitigen Republik.

Aufruf der 2. Internationale zum Sturz der Gowjetunion

Vertrauensfundgebung für die Helfer der indischen Freiheitsbewegung

Die Welt, Pandit, MacDonald und Adler haben „an die Arbeiter Australiens“ einen verlogenen Aufruf der 2. Internationale veröffentlicht. Diese Herren, deren Tätigkeit in nichts anderem besteht, als die Arbeiter und Bauern in der kapitalistischen Welt zu manipulieren, um sie unter die Kontrolle des Finanzkapitals zu bringen, lägen, sie wollen die russische Revolution vor Entartung, die russischen Arbeiter und Bauern von der „Diktatur“ der Bolschewiki retten.

Der Aufruf spielt in der Aufforderung, die Sowjetunion zu stürzen und ein Regime der kapitalistischen Herrschaft aufzurichten, wie in Westeuropa. Dem Proletariat der Sowjetunion soll die russische „Freiheit“ beibringen werden, wie sie MacDonald den

Dresdner Straßenbahner wählen

drei Delegierte zum Kongreß werktätiger Frauen

Dresden, den 15. Mai.

Am 11. Mai tagte eine Betriebsversammlung der Straßenbahnhofs Tolkewitz, an der auch die Frauen der Straßenbahner teilnahmen. Die Versammlung, die u. a. zum Kongreß werktätiger Frauen am 25. Mai Stellung nahm, beschloß, drei Straßenbahnerfrauen zu diesem Kongreß zu delegieren.

Diese Wahl muß ein Mißpaß sein, sofort in allen Betrieben zum Kongreß Stellung zu nehmen und Delegierte zu wählen.

Landtagsauflösung

erneut verhindert — Große Antlagersrede des Genossen Renner.

Dresden, den 15. Mai.

Nach in der gestrigen Landtags-Sitzung scheiterte der kommunistische Auflösungsantrag an der schillernden Angst der bürgerlichen Parteien und der SPD vor Neuwahlen. Die Entscheidung ist abermals auf den 20. Mai verlagert worden, um neuerlich Zeit zu gewinnen, dem Diktator-Kabinet eine parlamentarische Mehrheit zu verschaffen.

Wie die SPD gegen unseren Auflösungsantrag stimmte, so war auch das Gemisch ihrer Redner. Böchel ließ unabweisbar auch jetzt noch die Koalitionsbereitschaft der SPD-Führer durchblicken, als er von der Notwendigkeit sprach, die „Klassenkräfte auf dem Boden der Demokratie (der Großen Koalition, die Red.)“ gegenseitig abzumägen“.

Die große Antlagersrede hielt im Namen der kommunistischen Partei der

Genosse Renner

Der Regierungserklärung sieht man an, so führte Genosse Renner aus, daß sie bei den faschistischen Industriellen und dem Hausbesitzerverein formuliert worden ist. Das Schied-Kabinet ist die Regierung der schwarzen Koalition, aber die revolutionären Kräfte der Massen werden stärker sein als die Biermänner-Regierung. Bezeichnend sei, daß der SPD-Redner Böchel kein Wort über die Offensive der faschistischen Industriellen verloren hat, geschweige denn, daß die „Klassen“ etwas tun, die Kräfte der Arbeiter zu organisieren.

Bei allen Parteien, einschließlich der SPD und der Nazis, herrscht Angst vor der Landtagsauflösung, vor der Massenempörung und Radikalisierung selbst der Mittelständlichen.

Die Nazis hoffen bei der entscheidenden Abstimmung über die Landtagsauflösung auf Abstimmungen der SPD, die SPD hofft auf einen Umfall der Nazis.

Nur wir Kommunisten fordern unbedingt und sofort die Landtagsauflösung. Nur wir Kommunisten organisieren den außerparlamentarischen Kampf, denn unter Einfluß wächst ständig. Alle Wahlen der letzten Zeit zeigen es, daß die ausgebeuteten Massen in uns die einzige Führung sehen, die ihre Interessen mit allen Mitteln verteidigt.

Genosse Renner schloß: Die Lügen gegen die Kommunisten sind nicht dazu angetan, die Werbung der Massen zum Kommunismus aufzuhalten. Auch die sozialdemokratischen Arbeiter werden mit uns kämpfen, weil wir als erste Partei den Kampf zur Verteidigung der Interessen der proletarischen Klasse gegen die Klasse der Finanzkapitalisten führen. In einer späteren Rede rechnete Genosse Sandermann noch einmal gründlich mit den faschistischen Demagogien ab.

Alles kommt jetzt darauf an, den außerparlamentarischen Massensturm zur Niederschlagung des Diktator-Kabinetts Schied und die Auflösung des Landtags zu erzwingen. (Ausführlicher Landtagsbericht siehe im Blatt.)

„Diese Politik machen wir nicht mit!“

Am Sonntag dem 11. Mai fand in Mannheim die Unterbesitzkonferenz der SPD statt. Ein sozialdemokratischer Arbeiter, Teilnehmer der Konferenz, gibt die Arbeitermeinung in Mannheim folgenden Bericht von der Konferenz:

Die Opposition, vor allem gegen den Minister Kemmle, war sehr stark, wie man es nach der Konferenz ersehen hat. Kemmle hielt deshalb ein Referat mit radikalen Redensarten. U. a. forderte er „die internationale Diktatur des Proletariats“. Allerdings lehrte er hinzu, dies liege noch in weiter Ferne, jetzt müßte man sich mit den Tatsachen abfinden. Die großen Leute bezeichnete er als Anführer der sozialistischen Arbeiter. Unter großer Empörung der anwesenden Arbeiter positionierten Arbeiter gab er zu, daß er mit keinem Verhalten der Regierung Brüning das Regieren ermöglichen wollte. Das Diktator-Kabinet im Zeichen des Kampfes gegen Kemmle, mit der großen Ausnahme der Gewerkschafts- und Parteiführer, der Betriebsratssekretäre erklärte, daß ihm die sozialpolitischen Ergebnisse der Regierung Kemmles. Mit großer Mehrheit wurde gegen das Verhalten Kemmles. Mit großer Mehrheit wurde die Resolution von Piazzer Ebert als Hauptgegenstand der Parteipolitik beschlossen, entgegen den Plänen des Parteipolitikers, die Namen der anwesenden oppositionellen Genossen betonte er: „Lauter 4 Minister stehen sich dazu geschlossen, die Geschäfte der Parteipolitik zu betreiben. Die Leute, die eben noch mit dem Jenseitigen in einer Regierung saßen, können jetzt keine ehrliche Parteipolitik betreiben.“ Seine Ausführungen wurden vor allem von den Wägen mit höchstem Beifall bejubelt.

Bolz (Erdenheim) unterzog die sozialdemokratischen Mitarbeiter einer scharfen Kritik: „Wir unteren Funktionäre können diese Politik nicht mehr vor den Arbeitern vertreten, wenn das noch ein halbes Jahr so geht, dann sind uns die letzten Arbeiter zur SPD übergegangen.“

Hausler wendet sich scharf gegen Kemmle, der die SPD immer geschädigt habe.

Die Diskussion hatte Kemmle so niedergeschmettert, daß er im Schlußwort flehentlich bat, man solle mit den sozialdemokratischen Ministern „mehr Kampf“ haben. Entschieden konnte er die Vorwürfe nicht.

Aufruf der 2. Internationale zum Sturz der Gowjetunion

indischen Proletariat subjugiert. Der Aufruf enthält einen gegnerischen Operationsplan, in dem es wortlich heißt:

„Es ist der gemeinsame Wille aller Sektionen der 2. I., die innerhalb der Grenzen der Sowjetunion tätig sind, einzig vorzugehen, um einerseits die politischen Einrichtungen des Landes durch die Aufrichtung der vollen Demokratie umzuwandeln.“

Aufrichtung der „vollen Demokratie“ heißt in der Sprache der Führer der 2. Internationale Aufrichtung eines Staates der kapitalistischen Ausbeuter. Dieses Ziel, dieses Ziel, MacDonald und Konjorten erreichen, die in ihrem Kommunismus der qualvollen Arbeiterregierung ausdrücklich ihre Vertrauens aussprechen. Die Helfer der indischen Arbeiter und Bauern, die in Blut wadenden MacDonald und Henderson, erhalten das ausdrückliche Vertrauen dieser Vertreterbände, die vorgeden, die russische Revolution „sichern“ zu wollen.

Was sagen die SPD-Arbeiter zu diesem Aufruf? Sie werden bei Betrachtung dieses Planes erkennen können, daß dieser schändliche Machtwort ein Akt der Verleumdung gegen das Land der Arbeiter und Bauern, ein Angebot an die imperialistische Weltmacht ist, die 2. Internationale für den Krieg gegen die Sowjets zur Verfügung zu stellen.

Dieser Aufruf reicht sich würdig an die Pläne Pederding, des Petrocummaganten, des Papstes und der Bankräuber, die ihre gierigen Wucherungen nach der Sowjetmacht ausbreiten. Unlängst wird es sein für jeden SPD-Arbeiter, zu erkennen, daß es höchste Zeit ist, den sozialimperialistischen Führern der 2. Internationale den Rücken zu kehren. Der Plan jedes halbenbewußten Arbeiters ist in der roten Klassenfront zur Verteidigung der Sowjetmacht!

Um 16...
Sämtliche...
An einer...
Kauf aus...
bei nicht...
mit illegal...
Sachverh...
30...
Zum 30...
Die Angekl...
werden...
behaftet...
hatte brig...
einem „Nazi...
warteten...
Cato und...
Mit einem...
gründet...
führte...
„Sten“ zu...
Politisch...
alle die Ma...
4. und 13...
seinem Arb...
Schlagen...
Form...
Die Gr...
und war...
das Ebb...
Männerha...
Männerba...
Albertrud...
elbad im...
mit, das...
bad im...
schadlich...
amischen...
die Faden...
halbjähr...
lungen...
Das 2...
15. Mai...
um Sonnen...
Jahre...
wird Treo...
dem 30...
Sozialm...
erleuchtet...
Mausp...
Unterneh...
Sehenswe...
Zieren...
Verfand...
nach einer...
mit dem...
den, wenn...
Kommunist...
scharfer...
Halt die...
Sch...
Kadd...
der Anst...
zu folg...
in der...
Straßen...
Wagen...
Wagen...
Vorberp...
schädigt...
vollständ...
gekommen...
dazu, die...
Kahn...
1930 auf...
früh 7...
Tag mit...
Kahn...
In 6...
Insgesam...
nachdarten...
48 Kren...
Ein 9...
Tage 16...
Tugend...
12 9...
Dolj...
Paul S...
Schwier...
ampli...
schreibe...
Abstamm...
literarisch...
nichtsagen...
Seit ab...
Hiermit...
Familie...
bringt...
gehende...
vollständig...
Gemeinde...
lokale...
die Art...
gibt es...
weil er...
Verionen...
eine...
Der...
auswande...
auf eine...
Zeit bod...
Fa...

Wingelungen zu machen. Die Beauftragten für gewisse Mandanten wie für die übrigen den Freilichtpark

Das Urteil

Am 16. Mai erfolgte dann das Urteil:
Sämtliche Angeklagte werden vollkommen freigesprochen.
In einer kurzen Begründung führte der Vorsitzende Dr. Kaut aus, dass nichts als erwiesen sein könne, insbesondere sei nicht erwiesen, dass die Kuria Bestrebungen verfolgte, um mit illegalen Mitteln zu kämpfen. Die Polizei sei von Anfang an der Missetat bezugslos geblieben.

Zum Schluss eine Provokation

Zum Schluss verübte er noch eine kleine Verherrlichung: Die Angeklagten Otto und Reinde sowie der Junge Michel werden wegen Ungehorsam vor Gericht mit je zwei Tagen Haft bestraft. Die Strafe ist sofort zu vollstrecken. Der Junge Michel hatte beim Eintritt in den Saal keine Klappenrollen mit einem Kopfbild" gezeigt. Obwohl alle Angeklagten antworteten, hatte der Staatsanwalt nur seine beiden "Freunde" Otto und Reinde bestraft, und ihre Bestrafung beantragt. Mit einem kräftigen "Kopfbild", in das die Tribüne der Angeklagten einstrahlte, wurden die drei "Verbrecher" abgeführt. So hatte Staatsanwalt Dr. Hartmann doch noch einen "Sieg" zu verzeichnen.

Politisch gesehen, ist dieser Prozessausgang eine Ohrfeige für alle die Mächte, die sich gegen die Bewegung der Massen am 4. und 13. März verhielten hatten. Das einzuleiten, wird keinem Arbeiter nunmehr schmerzlich sein. Ein Angriff ist abgeklungen. Nun erst recht weiterkämpfen!

Formale — zum Sieg der proletarischen Klasse!

Die Eröffnung der hiesigen Elbbäder findet heute statt, und zwar wird eröffnet das Ruderbad im Stadtteil Schick, das Elbbad im Straßburger, gegenüber Stadteil Lebigau, das Männerbad zwischen Carola- und Auguststraße, das Frauenbad Männerbad zwischen Carola- und Auguststraße, das Ankerbad über der Elbe, das Elbbad im Stadtteil Kleinschönau, das Kinderelbbad im Stadtteil Kleinschönau, das Elbbad im Stadtteil Lebigau, das frühere hiesige Bad im Stadtteil Lebigau, das Elbbad im Stadtteil Lebigau und das Elbbad im Stadtteil Kleinschönau. Das Ankerbad ist in diesem Jahre nach dem Tode des hiesigen Carolabades und über der Elbe, wo früher die Kommunisten Kabarettisten geübt haben, verlegt worden. — Am Sonntag, den 18. Mai bis 15. September) werden sämtliche Abteilungen des Sommerbades Sonntag geschlossen.

Das Städtische Planetarium wird am Donnerstag dem 15. Mai wieder eröffnet mit einer Vorführung: "Erden wandeln um Sonnen", die täglich um 17.30 Uhr stattfindet.

Johann Rühl kommt nach Dresden. Auch in diesem Jahre wird Dresden seine Reformulation haben. Am Freitag dem 10. Mai wird Johann Rühl keine Zeit auf der Sozialistische erziehen lassen. Rühl wird ein Programm erörtert, die Zukunft bringen. Er bringt ein Manuskript mit. Auch eine Voller- und Tiefbau ist dem Unternehmen angeschlossen, die eine Fülle des Lehrlichen und Besonderen bietet und die Bekanntheit von Menschen und Tieren aus aller Herren Ländern vermittelt.

Verkauf von Erdbeeren im Kleinhandel. Erdbeeren dürfen nach einer Bekanntmachung vom 30. April 1932 im Kleinhandel nur dann in Schachteln an das Publikum abgegeben werden, wenn der Verkäufer das Fruchtgewicht unter ausdrücklicher Kennzeichnung als solches deutlich und augenfällig auf den Schachteln angegeben hat. Zuwiderhandlungen werden nach dem geltenden Strafgesetzbuch mit Geldstrafe bis zu 30 RM oder mit Haft bis zu 10 Tagen bestraft.

Schwerer Zusammenstoß in Zschandwitz

Nachdem es vor einigen Tagen ein Autounfall mit der Anwesenheit der Feuerwehr und Niederöblicher Handwerker zu folgenschweren Verletzungen führte, ereignete sich am Dienstag in der ersten Abendstunde ein Zusammenstoß zwischen der Straßenbahn und einem Wagen eines Frachtwagens der Hiesigen Magistrate. Der Straßenbahn wurde von der den beiden Wagen folgenden motorischen Leiter des Ruderbades wie der Sonderposten vollständig überfahren, das Auto nur wenig beschädigt. Wie durch ein Wunder sind Menschenleben an dieser vollständig unbedenklich zum Glück beiderseits nicht zu Schaden gekommen. Wohlwollend blickt man sich jetzt von Staatswegen dazu, die Ausfälle der Staatsbahn zu deckeln.

Nählich. Heraus vom Rosen Werksplatz am 18. Mai 1932 auf dem neuen Sportplatz im Erbacher Park. Beginn 7 Uhr. Von 7 Uhr bis 18 Uhr Fußball. Von 18 Uhr ab Tanz mit Belohnung. Mitwirkende: Musikverein "Edelweiss", Nähtisch. (Spenden, beteiligt euch teillos daran!)

Kreuzotternplage im Erzgebirge

In der Erzgebirge wurden in den Monaten März und April insgesamt 175 Kreuzottern gefangen und abgelöst. Im demnachsten Mittelstadium betrug die Ausbeute des April 48 Kreuzottern.

Das kannst du auch!

Ein Rekrutierter Genosse sammelte vorige Woche an einem Tage 36 RM binnen wenigen Stunden für den Kommunistischen Jugendverband.

12 Proleten auf 46 Quadratmeter „Wohnung“

Doljischen-Kogitah. In Altrosenthal 7 wohnt der Bauarbeiter Paul Hahn mit einer lehrstrophigen Familie bei seinen Schwiegereltern, ebenfalls sechs Köpfe stark. Als insgesamt zwölf Personen wohnen nun in einer Wohnung von Lage und Größe 46 Quadratmeter. Obwohl sich letzterer mehrmals um Abschaffung dieser unzumutigen Zustände teils mündlich teils schriftlich an die Gemeinde gemeldet hatte, wurde er nur mit nachfolgenden Worten bis zum heutigen Tage hingehalten:

Seit über drei Jahren vegetieren nun diese zwölf Personen in diesen ungeliebten Räumen.

Hieraus lassen wir in aller Deutlichkeit, wo bleibt für die Familie die gesunde Wohnung? In der Weimarer Verfassung heißt es doch so schön: "Jeder Deutsche hat das Recht auf eine gesunde Wohnung." Oder will die Gemeinde diese Familie erst vollständig zugrunde richten? Allen Anfechtungen nach macht sich die Gemeinde sehr wenig Gedanken darüber. Wo bleibt hier das soziale Verständnis des Herrn Bürgermeisters Partei? Heber die Art und Weise der Wohnungsvergabe in unserer Gemeinde gibt es sehr viel zu reden. Wie fragen hiermit Herrn Bürgermeister, wie es kommt, daß man auf der einen Seite ledigen Personen Wohnungen zuweist, während man hier eine kinderreiche Familie vollständig verdrängen läßt?

Oder will man warten, bis diese Familie nach dem Friedhof ausgewandert? Als Sohn nach dieser Gemeinde verzog, wurde ihm unter anderem erklärt, daß er nach zwei Jahren Anspruch auf eine Wohnung hätte. Wir sind der Meinung, daß diese Zeit doch nun schon fast um das Doppelte erreicht ist. Man hat

Der Weißner Hungeretat angenommen!

Die „linken“ Sozialdemokraten für den Aushungerungsfeldzug
(Von unserem Weißner Arbeiterkorrespondenten)

Was vorauszuhaben war, ist eingetroffen. Im schonen Harmonie zwischen Bürgerlichen und Sozial hat der diesjährige Haushaltsplan in der letzten Stadtsitzung seine Annahme gefunden. Oberbürgermeister Rühl schiederte im nächsten noch einmal den ganzen Etat. Als Redner der SPD begann dann Rende die Diskussion. Der Kern seiner Rede war: Wir sind viel zu verantwortungsbewusst, um in einer solchen schweren Zeit den Plan abzulehnen, jedoch die moralische Verantwortung übernehmen wir nicht. (Wie schon das klingt — d. R.)

Dr. Rühl (dgl.) begann dann ebenfalls ein ähnliches Gemälde, wobei er sich mehrere Male auf die Argumente seines sozialdemokratischen Vorgesetzten bezog.

Nach Schneider (Rau) spricht Gen. Kampfrath. Er führte etwas aus: Wir Kommunisten werden aus politischen Gründen einem beträchtlichen Teil unserer Stimmen geben, der im weitesten Sinne von der Hochfinanz diktiert wird. Es bleibt sich ganz gleich, ob eine bürgerliche oder sozialdemokratische Mehrheit besteht. Durchgeführt wird jedenfalls, was die an der letzten Durchführung des Haushaltsplanes interessierten Kreise diktieren. Es sind hier wieder Streichungen vorgelegen, die das soziale Elend der großen Masse vergrößern werden. Rechnen Sie doch Streichungen bei den Gehältern der oberen Beamten vor! Wir einem Gehalt von 500 RM monatlich ist ein geringes Auskommen gemeldet. Aber, bevor hütet man sich

Im Etat werden 2,8 für den Unterhalt eines Polizeireitwagens 3500 RM eingelegt, während man für die Schulausläufe der Arbeiterkinder ganze 2000 RM übrig hat.

Für Polizeifahrer am Ort will man 1800 RM bewilligen, aber für die Sozialausläufe werden ganze 2000 RM bereitgestellt. Das ist (zu den Sozialdemokraten gemessen) keine großzügige, sondern ausgesprochen reaktionäre Politik. An Reichs- und Staatsstelle denkt man gar nicht daran, den Gemeinden unter die Arme zu greifen. Im Gegenteil, man wendet die Gemeindefürsorge immer mehr neue Steuern aufzubringen, damit die dadurch den Gemeinden notwendigen Zuschüsse für die Hauptkräfte häufig gemacht werden können. Nach dieser Richtung hin ist auch die Erklärung des Reichsfinanzministers Kolbenhauer, die bürgerlichen Finanzpläne als Vorlage zu benutzen, zu verstehen.

In immer größerer Maßstäbe wagt sich die Regierung der Deutschen Arbeiterklasse, während man in Sowjetrußland von Reichsritt zu Reichsritt schreitet.

(Zuruf) Ein Beweis für die gesunde Entwicklung in der Sowjetunion in demographischer Hinsicht ist die Tatsache eines Geburtenüberschusses von 3 Millionen, im Gegensatz zu unseren diesbezüglichen Verhältnissen, und obwohl kein Vorzug 218 existiert. Solange die hiesigen Haushaltspläne von einem

verschwindenden Minderheit diktiert werden, werden wir stets unsere Stimmen dagegen erheben. Während der Ausführungen unserer Genossen verhielt sich so allmählich

das jämliche Völkchen auf den SPD-Gewählten.

Die Wahrheiten, die ihnen Gen. Kampfrath entgegenwarf, bezeiteten ihnen sichtbare Bauchschmerzen. Rende brachte es dann auch gerade noch zu einer ganz kurzen, lahmen Erklärung. Dann zog man es lieber vor, zu den Ausführungen anderer Genossen zu übergehen.

Nach der allgemeinen Aussprache wurde dann über die einzelnen Kapitel beraten. Bei dem Kapitel Schulen zeigte Gen. Kampfrath auf, daß man auch hier in immer stärkerem Maße abbaue. Im Gegensatz zu 1928, wo für Vermittlung 24.000 RM ausgegeben wurden, sind im kommenden Etat nur noch 17.000 RM vorgesehen. Recht interessant waren noch die Ausführungen Vanas (SPD) zum selben Kapitel. Danach werden ausgegeben für Schmitteln auf den Kopf des Schülers an den Volksschulen 60 Pf., an den höheren Schulen aber 2-3,50 RM. Verhältniß ist es bei der Schülerzahl. Dort ist das Verhältnis 10 Pf. zu 4 RM. — Schan.

Das ist aber ein Kapitel des Etats, dem die SPD ihre Stimmen gab.

Alle diese hier nicht alles Spielern mit verletzten Karten nichts. Nach Schluß der Beratungen wurde dann der gesamte Haushaltsplan von der SPD und den Bürgerlichen angenommen.

Das Fazit kann für die Arbeiterklasse Weißens nun klar gezogen werden. Noch enger als bisher wird der Hungerriemen gezogen werden müssen. Die „Demokratie“ hat geigt. Den sozialdemokratischen Wählern wird wieder einmal das hohe Lied unangenehmlicher Opferbereitschaft für das halbstarke demokratische Staatsgebilde gelungen werden. Von Jahr zu Jahr mehr wird aber aus den Knochen des Arbeiters herausgequillt. Dieses Jahr war es der Abbau der kommunalen Teuerheitslasten, die Herabsetzung der Autarkielage, die Einführung der Müll- und Instrumentensteuer, die Erhöhung des Wasserpreises u. a. m. Was wird noch folgen?

Angedacht dieser Tatsachen kann es nicht zugelassen werden, daß sich unsere immer so „links“ gebende SPD den Schein einer Arbeitervertretung gibt. Der Scheiter muß heruntergezogen werden. Klar muß aufgezeigt werden, daß sich unsere SPD-Wählern im Interesse der Erhaltung parlamentarischer Einrichtungen, und nicht zuletzt im Interesse ihrer hohen Vorkriegs, der Beförderung der Lage der Arbeiterklasse widersetzen. Was sich unsere SPD in der Illusion ihrer Stärke noch weigern, mag sie auf ihren weiterentwickelten Apparat die größten Hoffnungen setzen, wir wollen jedenfalls, und sichere Anzeichen deuten darauf hin, daß eines Tages ihr hohes Gebäude zusammenfallen wird wie ein Kartenhaus. (1173)

Go „bekämpft“ die SPD die Wohnungsnot

Freitaler Raschelbergbewohner sollen aufs Pflaster fliegen!

(Kommunale Arbeiterkorrespondenz)

Freital. Von Arbeitern der Raschelbergbahn (die durch Stadthaus auf dem Raschelberg im „praktisch“ dargestellt) wird uns mitgeteilt, daß fünf Arbeiter von der Stadt Freital getrieben werden soll (aus) Feldbus des Anstalts, brutal, schlimmer wie jeder Hausquartier, befördert die sozialdemokratische Stadt Freital die Arbeiter an die Luft. Fünf Arbeiterfamilien mit Frauen und Kindern sollen ihrer Wohnung beraubt werden. Die Arbeiter sind nicht in der Lage, die Miete zu bezahlen, die ebenfalls Hungerlöhne, die Arbeitsplätze für ehemalige Arbeiter reichen kaum zur Erhaltung der Familie zu. Jetzt sollen die Freitaler Arbeiter die Früchte der absoluten sozialdemokratischen Weisheit mit ihrem sozialdemokratischen Oberhaupt.

Arbeiter, kämpft mit den Kommunisten gegen die Schmachthaten der Freitaler Sozialdemokraten! Gebt ihnen die Lust!

Öffentliche Frauenversammlung in Freital

am Freitag, dem 16. Mai, 1932 Uhr, in der „Alten Post“, Freital. Thema: „Warum Kontrah der wertvollen Frauen?“ Eine Genossin aus Dresden spricht. Wertvolle Frauen und Mädchen, kommt alle!

Der Renegat Hermann Schöne in gemeinsamer Front mit den Bürgerlichen

(Arbeiterkorrespondenz)

Kriegsgräber. Der aus der Partei herausgeworfene Stadtschreiber Hermann Schöne kann sich nicht genug tun, sich bei den Bürgerlichen anzunehmen. Bei der Beschließung über Schaffung eines 10-Familien-Wohnhauses stimmte dieser Arbeitervertreter mit den Bürgerlichen dagegen. Dafür gab er aber, um es auch mit der SPD nicht zu verberben, bei der Wahl des Volks- und Schulsaalwahlzweites seinen Stimmzettel für den Vorzug der Sozialdemokraten ab. Dabei ist Schöne noch Vor-

stehender der Allgemeinen Bauergesellschaft und als Kriegsgräberbestatter beim Reichsbund der Kriegsbeschädigten. Hoffentlich geben den Mitgliedern dieser Organisationen nun auch endlich die Augen auf. In der letzten Stadtsitzung glaubte nun Schöne den Bürgerlichen einen besonderen Dienst erweisen zu müssen, indem er bei der Beratung von Arbeiterbeschaffung für die Erwerbslosen, im Abwesenheit unserer Fraktion glaubte sagen zu müssen: „Ja, wenn Aufhänge mit einer Axt so wie soll Geld herbeiführen, dann könnte man sagen, sofort geht die Arbeit los, aber ist: woher soll die Gemeinde Geld nehmen?“

Die Bürgerlichen sind Schöne natürlich sehr dankbar, daß er ihnen die Aufgabe abnimmt, sich vor den Erwerbslosen zu verantworten. Berechnend für die Freiheit des Renegaten ist aber, daß er solche Ansprüche nur tut, wenn die Freitaler bürgerliche Genossenschaft und unsere Genossen ebenfalls nicht anwesend sind. Nicht zu vergessen, daß er auch kürzlich bei einer Versammlung des Vereins für Kriegsgräberfürsorge glaubte anwesend sein zu müssen und dort dem Ortsvorstand eine halbe Entschuldigungsgespräch hielt, in der er auch die Freitaler dieses Vereins so warnt, daß einige Reaktionäre hinterher lauten: „Ich denke, der Schöne ist Kommunist, der ist doch ganz vernünftig.“ Solche Kapitulationen rechnen sich Schöne besonders hoch an, wie er auch immer unseren Genossen glauben lassen zu müssen: „Wir in den Bürgerlichen bin ich immer gut ausgekommen, aber ihr habt bei ihnen abgehängt, mit euch wollen sie nichts zu tun haben!“ Das wiederum ist unklare Genossen mehr wert als die Bulen und Schmutzabwässerfreundschaft Schöne!

Die SPD ist die einzige Partei, welche solche Leute in großem Maße aus der Partei hinausweist. Deshalb schlägt sich jeder flaffenbewußte Arbeiter der revolutionären Einheitsfront in der SPD an. (1179)

An den Dranger!

(Landarbeiterkorrespondenz)

Jahendort. Am Mittwoch dem 30. April gegen 6 Uhr konnte man das interessante Bild sehen, mit was für Eifer der Wirtschaftsdirektor Kelpar die an einen Markt geübten Malauten des revolutionären Komitees mit Farbe überstrich. Ein wenig weiter, an einem anderen Markt, ging die Gustav-Reichensperre Frau Raake sogar mit einer Hacke gegen die Plakate los. — Diese armen, nehechten Leute! Es geht ihnen so schlecht, daß sie faun auf ihren Anweisen existieren können. Es wird wirklich Zeit, daß sie sich endlich die Pfaffen ihrer Not überlegen und mit uns überlegen, wie sie leben, daß auch sie gemeinsam mit den revolutionären Arbeitern den Kampf gegen ihre Verdrängung führen müssen.

Rundfunk

Freitag den 14. Mai

16.30-17.40: Nachmittagskonzert. 18.00: Eiperrate. 18.20: Wettervorhersage und Zeitungsabr. 18.25: Englisch. 19: Vortrag: Licht und Schatten des Ministerberufes (Jungelplatz). 19.25: Tagesfragen der Wirtschaft. 19.40: Unterhaltungskonzert. 20.40: Lesereindruck (Kriminalaffäre). 21.00: Vortrag: Monument des Volkstums. 22.15: Zeitungsabr. Wettervorhersage, Preisbericht und Sportfunk. Anschließend: Unterhaltungskonzert.



Fabrikarbeiter! Heute 19.30 Uhr spricht in einer öffentlichen Fabrikarbeiter-Versammlung in den Annensälen, Fischhofplatz, der Reichsleiter der revolutionären Fabrikarbeiteropposition Gen. Erich Steffen

Freispruch sämtlicher Angeklagten im

Rote-Loge-Prozess

Lockspitzelzüchter in der Abt. B / Eineris Märchen gerichtskundig / Wir fordern: Fort mit Einert!

„Die Aufgabe der Mitglieder der „Roten Loge“, die das erstmal bei den Vorkommnissen am 6. März aufgetreten ist und die auch morgen (also am heutigen Donnerstag) anlässlich des kommunistischen „Hungermärsches nach Dresden“ wieder in Tätigkeit treten sollte, besteht u. a. darin, bei Umzügen usw. sogenannte „Rollkommandos“ zu bilden, die der Polizei besondere Schwierigkeiten zu machen, dabei aufs Ganze zu gehen und insbesondere Polizeibeamte abzudrängen, auf die mit gelber Farbe ein „gebrochener Blitz“ aufgemalt ist, wie er sich u. a. an den Hochspannungsleitungen als Warnungszeichen befindet. Außerdem trägt diese Armbinde, die bei einer ganzen Anzahl der Festgenommenen vorgefunden worden ist, einen Anlinstempelaufdruck „Antifaschistischer Schutzband Bezirkskartell Dresden“. Das Polizeipräsidium bittet, auf Personen, die etwa eine solche Armbinde tragen, zu achten und von ihrem Auftreten sofort den nächsten Polizeibeamten zu unterrichten.“

So hetzte die Polizeischmiere, die „Dresdner Volkszeitung“ am 13. März gegen die Mitglieder der Antifa!

Borcherts Entlarbung / Einert gestift

Bei Beginn der gestrigen Verhandlung forderte Rechtsanwalt Dr. Helm, den Zeugen Junke nochmals zu vernahmen. Dies geschah:

Rechtsanwalt Dr. Helm: „Herr Junke, ist es richtig, daß Sie für keine Spionagetätigkeit von der Polizei 24 M. bekommen hat und Sie hieron 1 Mart?“

Zeuge Junke: „Ja wohl! Ich habe aber von Borchert nichts erhalten.“ (Große Erregung auf der Tribüne. Es fallen Rufe: „Mit solchen Mitteln will sich dieser motzige Staat halten.“ „Für Einzel ist Geld da, für Erwerbslose nicht.“ Der Vorsitzende brach mit Rücksicht.) Hierauf wird der Zeuge vernommen.

Der Vorsitzende gibt bekannt, daß der Polizeispitzel Borchert für den eingehalten Gutachten des Gerichtsarztes und der Preis- und Lebenshaltung nicht geisteskrank sei. Er habe nur Schilmerdegedanken geäußert aus Furcht, daß er umgebracht würde. (Man lacht, wie die Regie Happt! D. S.)

Zeuge Junke hat am 12. März die „Rote Loge“ bedient, die in einem Restaurant hinführen. Am Morgen um 10 Uhr wird der Zeuge vernommen. Er behauptet, daß beim Eintreten der Polizei die Wirtin nicht eingetragene „Geheimtätigkeit“ der Zeugen nicht verrät.

Wie eine Bombe wirkenden Aussagen des Zeugen Junke vernahm das Gericht, Kriminalinspektor Einert Gelegenheit zu geben, eine frühere Aussage „richtigzustellen“.

Der Vorsitzende: „Herr Einert, Sie haben gehört, Borchert habe 24 Mart erhalten.“

Kriminalinspektor Einert (sehr ägernd): „So viel Geld hat er nicht bekommen.“

Der Vorsitzende: „Sie haben geistern gelogen, er habe überhaupt kein Geld bekommen.“

Kriminalinspektor Einert: „Ich habe nur gelogen, er habe nichts bekommen.“

Der Vorsitzende (sehr hart): „Bitte brüden Sie sich ganz ruhig an.“

Kriminalinspektor Einert: „Jawohl — er hat etwas bekommen, nur nicht so viel.“ (Ein Tribunalbeisitzer lacht erregt. „Reindefabrikant.“ D. S.)

Polizeispitzel Borchert wird nochmals vorgeführt. Der Vorsitzende: „Haben Sie von Kriminalinspektor Einert Geld bekommen?“

Borchert: „Ich verweigerte die Aussage.“

Der Vorsitzende: „Das können Sie nicht.“

Borchert: „Ja, etliche Mart.“

Ähnlich dem Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Helm und dem Staatsanwalt Dr. Hartmann entspinnt sich nun wegen der Berechnung dieses Kronzeugen eine scharfe Auseinandersetzung. Schließlich erklärt sich der Staatsanwalt mit seinem eigenen Kronzeugen. Das Gericht hebt den bereits gefassten Beschluß, Borchert zu verurteilen, wieder auf, und setzt somit den Ausspruch des Kronzeugen Dr. Helm. Borchert bleibt davon unerschütet, weil er als bezahlter Agentenprovisorat erkannt wurde. Die Zeugen Detman, Alenbach und Junke werden vernommen.

Ein ungeheurer aber brutaler Staatsanwalt

Das Plädoyer des Staatsanwaltes Dr. Hartmann behauptete, daß die Angeklagten, die Demonstrationen zwischen dem 11. März verboten gewesen seien. Solche Demonstrationen hätten aber trotz Verbot stattgefunden. Der allgemeine Eindruck, den der Prozeß gemacht habe, sei der übliche.

Die Angeklagten hätten geglaubt, durch arrogantes Verhalten sich besonders hervortun zu müssen. Sie haben teilweise störend in der Verhandlung gemerkt, sie haben lächerliche Witzen angesetzt. Der Angeklagte Otto hat geglaubt, recht einzusetzen, wenn er die Sten in Rollen legt.

Das sind ja einige Sätze aus dem „Plädoyer“ des Vertreters der Staatsgewalt. Was der Angeklagte Otto mit Recht diese Demonstration mit einem verächtlichen Lächeln quittierte, fuhr ihn der Vorsitzende in barockem Ton an: „Herr Otto, ich verbiete Ihnen das unerschämte Verhalten!“

Dann fuhr der Staatsanwalt fort und stellte fest, daß „Jawohl ein hundertprozentiges geistiges Intellekt (!) habe“. Von dem, was der Staatsanwalt dann weiter ausführte, sei nur bemerkt, daß er gemeint ist, die Antifa als eine Fortsetzung des

verbotenen KPD zu beschreiben; daß es eigentümlich sei, daß es auch einen technischen Leiter gegeben habe; daß sehr wahrscheinlich bei dem Gang ins „Präsidium“, der Gang ins Polizeipräsidium gemeint gewesen sei usw. Sein Argument, daß in der Gruppe Einert kein Arbeiter des Einzelnen sei, bezog er natürlich aus der sozialfaschistischen Polizeischmiere, dem Augenzeugen Dr. Helmers Kollisionszeitung.

Mitgliederlichen seien auch seine gefassten worden, außerdem sei in den Gruppenheften von Pflichtdienst gesprochen worden. Das berechtige zu einem außerordentlichen Verbot, daß eine geheime Organisation bestünde. Er stelle aber dem Gericht ins eigene Ermessen, den Beweis für ein Verbrechen nach Paragraph 128 anzusehen oder nicht. Dann polemisierte er in äußerst ungeheurer und rhetorisch recht mangelhafter Art gegen die „Arbeiterstimme“ und die Art, mit der sie den Prozeß vorbereitet habe. Die gegen die Anklagebehörde erhobenen Vorwürfe, daß sich ihr Material nur auf die Aussagen des Polizeispitzels Borchert stützen, seien nicht zureichend. (!) Trotzdem sei die Schuld der Angeklagten für ein Verbrechen nach Para-

graph 129 aber voll erwiesen. Man müsse doch berücksichtigen, „was aus solchen Dingen, wie sie die „Sondergruppe“ vorgehabt habe, entliche“. Die „Ermordung von zwei Polizeibeamten in Leipzig anlässlich des kommunistischen Reichsjugendtages ist doch der beste Beweis dafür. Er beantrage daher die Verurteilung der Angeklagten aus Paragraph 129 des StGB, und zwar:

- für den Angeklagten Janan 6 Monate Gefängnis
- für den Angeklagten Karisch 4 Monate Gefängnis
- für den Angeklagten Otto 4 Monate Gefängnis
- für den Angeklagten Vier 4 Monate Gefängnis
- für den Angeklagten Reimann 4 Monate Gefängnis
- für den Angeklagten Reinicke 4 Monate Gefängnis

bei den übrigen Angeklagten stelle er das Strafmaß in das Ermessen des Gerichts. Als Begründung für die Strafanträge gab er bei dem Angeklagten Otto u. a. an, daß sich dessen Bestrafung aus seinem ungehörigen Benehmen rechtfertige. (Die Strafanträge lösten auf der Tribüne lebhaften Empörung aus.)

„Verbot und Hetze gegen Arbeiterdemonstrationen sind fruchtloses Bemühen!“

stellt Dr. Helm bei der Abrechnung mit Polizei, Staatsanwalt und bürgerlicher Presse fest

„Es ist sehr schwer, über diesen Prozeß seine Sätze zu schreiben! Es ist einzig dastehend in der Rechtspflege, die Strafe deswegen zu beantragen, weil sich ein Angeklagter nach der Meinung des Herrn Staatsanwaltes ungebührlich benommen hat. Das ist es, über das man lachend sprechen möchte. Aber mir ist die Sache ernst, sie ist eine Frage nach großer politischer Bedeutung. Es kommt darauf an, zu untersuchen, weshalb die Angeklagten vor Gericht sitzen. Es ist nicht die Schuld der KPD, wenn in jenen Tagen demonstriert wurde. Es mußte zu den Demonstrationen kommen, denn drei Millionen Menschen waren zu jener Zeit in Deutschland arbeitslos und die Zahl ist leichter um ein gewaltiges steigen. Aus dem Druß des wirtschaftlichen Elends heraus ergab sich der Wille von Millionen, einmal denjenigen, die sie in diese Situation hineingedrängt haben, zu beweisen, daß Millionen Menschen nicht verhungern wollen.“

daß es beabsichtigt war, daß Material des Polizeispitzels Borchert so in die Anklage hineinzuarbeiten, daß verurteilt werden konnte. Der Herr Staatsanwalt hat ja nunmehr den Spiegel Borchert ziemlich unerbittlich fallen lassen. Er fordert aber die Verurteilung nach Paragraph 129. Es ist jetzt nach außen hin aber wenigstens in Erscheinung getreten, daß hier eine Anklage der gewaltigen Beweisausstattung des 6. und 13. März vor sich gehen sollte. Es wurde versucht, zu infamieren und doch — das Behalten einer geheimen Verbindung konnte nicht bewiesen werden.“

Die Sinnlosigkeit der Anklage

Der Mangel von Mitgliederlisten ist doch kein Belastungsmoment und daß die Organisation etwa das Licht der Öffentlichkeit zu scheuen hatte. Dem widerspricht ja auch das Vorhandensein von Mitgliederlisten. Das angebliche Nicht-herinlassen der Reklamerin in den Logenraum ist doch ebenfalls eine Konstruktion des Staatsanwaltes. Daß die Reklamerin jedoch in das Lokal kommen konnte, ist doch von allen Angeklagten usw. bestritten worden. Und das Wort Pflichtdienst ist, in dem der Herr Staatsanwalt so ein außerordentliches Verdachtsmoment hehrt, ist beileibe kein Beweis für das Vorhandensein einer geheimen Organisation. Der Zweck des Wortes Pflichtdienst ist doch klar und bedeutet, daß möglichst alle Mitglieder der Antifa zur Vernehmung erscheinen sollen. Auch der Ausdruck Gruppenheft ist kein Verdachtsmoment.

Zeuge Borchert ein Schuft

Gegen neun Angeklagte mußte schon das Vorterritorium eingeleitet werden, weil sie sich mit der Organisation nicht innerlich verbunden hätten, welche Geheimorganisation aber nimmt eine solche Anzahl von Göttern in eine so wichtige Leitung, die der angebliche Kopfmann und andere hochachtbare Männer, erortert worden? Geheime Verbindungen sind bei den Angeklagten zu finden, aber nicht bei der Arbeiterstimme.

Bei Aufhören wird freilich nicht vorgegangen, aber bei Arbeitern war der herannahende 13. März und das Bedürfnis nach einem kommunistischen Betätigungspunkt, auf Grund der Aussagen eines Menschen wie des Polizeispitzels Borchert eine Anklage wegen Geheimbündel zu erheben. Keine ernsthafte Kampfrichtung der Angaben dieses korrupten Polizeispitzels, der wegen verschiedener Delikte mehrfach mit dem Gefängnis in Konflikt gekommen ist, durch den Kriminalinspektor Einert. Und dieser Borchert, der für einige Mart den Demonstrationen und Lockspitzel machte, dieser Mann, der halbenemwachte Arbeiter zu Dingen zu inspirieren verstand, die er der Polizei vorher meldete, wird hier aufgeföhren als „Zeuge“ gegen Mitglieder einer proletarischen Abwehrorganisation.

Ich glaube, daß selbst bei dem bürgerlichen Gericht die Heberzeugung Platz greifen muß, daß die Schuld sowohl nach Paragraph 128 als auch nach Paragraph 129 beweint werden muß. Ich bitte die Angeklagten freizusprechen.“

Rechtsanwalt Dr. Hoffader:

Wenn man die Anklage als Nichtkommunist las, mußte man verwundert sein. Man hätte sich, mit einer solchen Anklage überhaupt möglich sei. Die Staatsanwaltschaft ist bestraft gewesen, ihre Anklage zu hegen. Die einzelnen Anklagepunkte sind aber durcheinander widersprüchlich. Die Staatsanwaltschaft hat selbst die Schuld nach Paragraph 128 verneint. Das ist sehr bedeutungsvoll und das Gericht kann auch nicht nach Paragraph 129 verurteilen. Ich kann mir nicht denken, daß das Gericht nach dem Vorkommen der ersten Hälfte der Anklage, das Urteil auf die zweite Hälfte der Anklage (die meiner Ansicht nach der ersten Hälfte) gründet. Der Hinweis des Herrn Staatsanwaltes auf die Vorkommnisse in Leipzig war nur dazu bestimmt, Stimmung gegen die

Verreden oder demonstrieren?

Sie mühten auf die Strafe gehen und beweisen, daß sie nicht verreden wollen wie ein Hund. Und das war auch zum Teil bei den Angeklagten der Fall. Es ist bis jetzt der herrschenden Klasse gelungen, die Wahlen zu unterbinden. Der Strafantrag des Staatsanwaltes aber beweist, daß die Bewegung nicht tot ist und daß das Grotten der Revolution zu hören ist. Die KPD hat sich freilich an die Spitze dieser Bewegung gestellt. Es handelt sich bei den Demonstrationen doch nicht um Verbrechen und Verbrechen, sondern um illegale Aufmärsche der Arbeiterklasse. Ich spreche dem Herrn Staatsanwalt das Recht ab, als Erschießer zu wirken! Das Benehmen der Angeklagten zu rügen, ist Sache des Vorsitzenden und nicht Sache des Staatsanwaltes. Wir haben es hier mit Arbeiterleuten zu tun, die an der Bildung der bürgerlichen Klasse nicht teilzunehmen in der Loge waren. Es sind doch zum Teil die Jahrgänge 1914 bis 1918, die vor Gericht sitzen. Heute alle, die Jahre der Unterernährung mitgemacht haben. Und der Herr Staatsanwalt sagt diesen jungen Arbeitern, daß sie über lächerliche Auslagen des „Zeugen“ Borchert nicht lachen dürfen! Das Lachen ist aber mehr als verständlich!

Der Staatsanwalt will infamieren

Über der Staatsanwalt mußte seine Forderungen wohl machen, weil die Beweisaufnahme für eine Schuld gemäß Paragraph 128 keinen Beweis erbracht hat. Der Vorwurf, daß sich die Angeklagten der Geheimbündel schuldig gemacht haben, ist ja auch von dem Herrn Staatsanwalt fallen gelassen worden, obwohl gerade Hauptanklagepunkt ist, daß die Angeklagten einer Geheimverbindung angehört hätten. Das war ja aus der Anklagechrift zu entnehmen. Ich bin der Meinung,

Mogelei der Polizeischmiere am Wettinerplatz

Schwindel und Verschweigen des bezahlten Lockspitzelums durch Kriminalinspektor Einert

Wir haben an die Spitze unseres heutigen Berichtes über den interessanten Prozeß der letzten Zeit ein Zitat der Polizeischmiere vom Wettinerplatz gesetzt. Rotta dieses ekelhaften Plottes war am 13. März: „Denunziert! Gebt an! Helft der Polizei bei der Verfolgung kommunistischer Geheimbündler!“ Der Ausgang des Plottes entzweit auch die Seite der Volkspartei. Ihre Reklamerin hat gebührend als die Helfer, als die Jutreiber der kapitalistischen Polizei. Der Polizei von den Qualitäten eines Herrn Einert. Was nimmt es also wunder, wenn sie ihre Verleumdung vertuschen wollen. Wenn sie zu vertuschen können, welche erbärmliche Rolle sie in der ganzen Angelegenheit gespielt haben. Und so bringen sie Herrn Einert bei, indem sie gegen die kommunistische Partei hegen. Sie schreiben:

„Die Angeklagten hielten Borchert offenbar für einen Spiegel und Krossfaktor, der Zeuge hingegen gab an, aus freien Stücken, ohne Auftrag und ohne Entgelt, und nur um die Taten der Roten Loge zu verhindern, gehandelt zu haben. Doch Auslagen hin, Auslagen her — über eines entfiel Arbeit: es geschah in der kommunistischen Atmosphäre die merkwürdigen Charaktere!“

Also wieder wie zuvor: gemeinse Hege gegen die KPD!

Es sei nebenbei festgestellt, daß die Berichte in der Volkszeitung wie in der übrigen kapitalistischen Presse von dem „Gerichtsvorprozeßunternehmen“ „Kommunistisch-Diebstahl, KPD-Unteroffiziersgemeinschaft usw. Geld. Wichtig ist aber, daß die Volkszeitung über den Punkt der Vernehmung, in dem Junke, Borchert und Einert durch Aussagen die Begehung der Spitzelbünde Borcherts zugaben, direkt schwindelhaft berichtet, indem sie diese wichtige Tatsache, auf Grund deren Borchert nicht verurteilt wurde, verschweigt. Die Volkszeitung schreibt nämlich über diese Vernehmung folgende merkwürdigen Sätze:

„Während einer kurzen Fortführung der Beweisaufnahme wurde Borchert nochmals gehört und ihm die Darstellung von Angeklagten vorgehalten, nach der gerade er es gewesen sei, der am 6. März zum Vorkommnis aufgefordert habe. Der Zeuge blieb wegen Teilnahmeverbotes unverständlich.“

Die Polizeischmiere am Wettinerplatz hat also kein Interesse daran, die Öffentlichkeit über die Einzelheiten dieses „Straßenbahnfahrzeugauswahls“ zu unterrichten. Sie ist zu weisensverwond mit den Methoden. Und so fordern wir denn:

Fort mit Einert, dem Züchter des übelsten Polizeispitzelums! Hin aus mit der Volkszeitung aus dem Arbeiterhüner! Hin aus mit der Strafe des Polizeibezugsantentums!

Schöne weiße Zähne. „Auch ich möchte nicht verschlen, Ihnen meine größte Verehrung und volle Zustimmung über die „Chlorodont-Zahnpaste“ zu übermitteln. Ich gebrauche „Chlorodont“ schon seit Jahren und ich werde es meiner lieben weißen Zähne oft beneiden, die ich letzten Endes nur durch den täglichen Gebrauch Ihrer „Chlorodont-Zahnpaste“ erreicht habe.“ C. Reichel, Schwerg, Amt Wamborn, Saalkreis. — Chlorodont: Zahnpaste, Zahnbürsten, Mundwasser Einheitspreis 1 M., bei bester Qualität. In allen Chlorodont-Verkaufsstellen zu haben.

Zur Konferenz werktätiger Frauen am 25. Mai

Die Metallarbeiterinnen und der Lohnkampf in der Metallindustrie

Metallarbeiterinnen, kämpft mit der revolutionären Gewerkschaftsopposition! — Wählt Delegierte zur Konferenz werktätiger Frauen am 25. Mai!

Die Nationalisierung in der Metallindustrie zeigt, wie in den anderen Industriezweigen, daß die Zahl der beschäftigten Frauen stark gestiegen ist. Nach dem Bericht der jährlichen Gewerbeaufsichtsbeamten für 1928 waren in der jährlichen Metallindustrie

im Jahr 1926 25 883 Arbeiterinnen
im Jahr 1927 33 627 Arbeiterinnen
im Jahr 1928 36 511 Arbeiterinnen

beschäftigt. Die weitaus größte Zahl der Arbeiterinnen arbeitet in den Großbetrieben. Nach einer Statistik desselben Berichtes betrug die Zahl der in Metallbetrieben von 50 und mehr Beschäftigten im Jahr 1928 30 125, die Zahl der in mittleren Betrieben von 3 bis 49 Beschäftigten 3 374.

Interessant ist auch das Altersverhältnis der beschäftigten Metallarbeiterinnen. Von den 34 129 Arbeiterinnen, die durch das Gewerbeaufsichtsamt erfaßt wurden, waren

über 16 Jahre 32 683 Arbeiterinnen
11 bis 16 Jahre 1 440 Arbeiterinnen
und unter 14 Jahren 6 Arbeiterinnen

Von den beschäftigten Metallarbeiterinnen dürften ca. 15 000 im Metallarbeiterverband organisiert sein. Die Landesverwaltung Dresden des Metallarbeiterverbandes hat in ihren Reihen etwas über 5000 Metallarbeiterinnen.

Wie leben nun die Lohnverhältnisse der Metallarbeiterinnen aus?

Nach dem Jahr von den Metallindustriellen geforderten Lohnabnahmen für die jährliche Metallindustrie bestehen für die Arbeiterinnen 7 Grundlohngruppen mit einem Lohn in der Preisklasse 1 von 2,25 bis 18,5 Pfennig, neben diesen Grundlohngruppen bestehen noch besondere Gruppen für Leistungsstärkere und hochqualifizierte, sowie die Altersgruppen. Kein Mensch wird behaupten wollen, daß dieser Lohn der Metallarbeiterinnen zum Leben ausreicht. Die starke Differenzierung in den Lohnabkommen der Metallindustrie zeigt, wie beschränkt die Forderungen der revolutionären Metallarbeiteropposition sind, besonders die Forderung: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Heute verdienen die Metallarbeiterinnen, trotzdem sie dieselbe Arbeit verrichten müssen wie die Metallarbeiter, nur 60 Prozent des Lohnes der Arbeiter.

Die sozialen Forderungen der Metallarbeiterinnen

Auf diesem Gebiet gibt der Bericht der jährlichen Gewerbeaufsichtsbeamten zu, daß nicht ein einziger Großbetrieb der Metallindustrie vorhanden ist, in denen die Arbeiterinnen in der Höhe waren, in besonders dazu reichlichen Räumlichkeiten und Gärten ihre Kinder während der Arbeitszeit unterzubringen, ganz zu schweigen davon, daß kein Betrieb vorhanden ist, in dem es den Arbeiterinnen möglich wäre, während der Arbeitszeit ihre Kinder zu stillen. Die hygienischen Einrichtungen in der jährlichen Metallindustrie spotten jeder Kritik. Wenn jetzt die Bundesregierung in Dresden eine Internationale Hygieneausstellung veranstaltet, so wird sie auf dieser Ausstellung nicht zeigen, wie die hygienischen Verhältnisse, unter denen die Arbeiterinnen im Betrieb zu arbeiten gezwungen sind oder unter denen sie zu Hause wohnen und leben müssen. Alles wird auf der Internationalen Hygieneausstellung in den prächtigen Gärten geblüht und Deutschland als das Land der besten sozialen Einrichtungen gepriesen. Die Arbeiter wissen, daß diese Ausstellungen ein stark aufgelegener Schwindel sind, der nur dazu dient, den Arbeitern Sand in die Augen zu streuen und sie von ihren Kampfaufgaben abzulenken.

Die Aufgaben der Metallarbeiterinnen

So wie der Unternehmer aus den Knochen der Arbeiter das Beste herausholt, so macht er es auch bei den Arbeiterinnen. Er betrachtet die Arbeiterinnen als billiges Ausbeutungsgut. Schon aus diesen Gründen muß die Forderung auf Gleichstellung der Frau im Produktionsprozeß mit aller Entschiedenheit vertreten werden. Die jegliche Lohn- und Mantelbewegung der Metallarbeiter verlangt, daß die von den revolutionären Frauen aufgestellten Forderungen mit in das Kampfprogramm einbezogen werden. Es gilt, die Arbeiterinnen zur den Klassenkampf zu gewinnen und eine einheitliche Front der Arbeiter, Arbeiterinnen und Jugendlichen zu schaffen.

Massenausschlüsse im DMB Chemnitz geplant

31 rote Betriebsräte sollen ausgeschlossen werden / Organisiert den Kampf gegen den Spaltungskurs!

Die SPD-Landesverwaltung im DMB Chemnitz hatte alle Verbandsmitglieder, von denen sie in Erfahrung bringen konnte, daß sie auf den roten Listen der RSG zur Betriebsrätemahl kandidierten, beim Hauptvorstand denunziert und Ausschlußverfahren gegen sie eingeleitet. Viele oppositionellen Kollegen sprechen in ihrem Antwortschreiben der überaus großen Mehrheit der Metallarbeiterinnen aus dem Herzen alle Mienen in dem Kampf gegen den sozialdemokratischen Spaltungskurs mitteilen.

Das Schreiben lautet:

Chemnitz, den 5. Mai 1930.

An den Hauptvorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Stuttgart, Notstraße 16.

Werte Kollegen!

Gegen den von der Landesverwaltung Chemnitz geforderten Ausschluß aus dem Verbande beantragen unterzeichnete Kollegen nach § 23 der Statuten einen Unzulassungsausschluß.

Die unterzeichneten Kollegen stehen in dem Ausschlußantrag der Chemnitzer Landesverwaltung eine Zerstückelung der Organisation. Mit Massenausschlüssen revolutionärer Kollegen verliert die sozialdemokratische Verbandsleitung

Organisiert die Konferenzen werktätiger Frauen

Wenn am 25. Mai in den Industriebezirken Sachsens die werktätigen Frauen zu Konferenzen zusammenkommen, dann ist es ihre Aufgabe, als eine der Hauptfragen zu behandeln, wie man die Metallarbeiterinnen, Textilarbeiterinnen usw. für den Kampf um höheren Lohn und Verkürzung der Arbeitszeit mobilisiert.

Die Konferenzen der werktätigen Frauen müssen sein ein Schritt vorwärts auf dem Wege der Gewinnung der Arbeiterinnen für den Klassenkampf. Darum kann es nicht nur allein die

Sozialdemokraten für Luftsubventionen

und gegen Arbeiterforderungen — Scheffel verteidigt den Dorpmüllerturs

Der Haushaltsausschuß des Reichstages beschäftigt sich am 18. Mai mit dem Etat des Reichswehrministeriums.

Die Genossen Weizsäcker und Ewert griffen die reaktionäre Politik der Reichsbahnverwaltung an und forderten die Verhinderung der Erhöhung der Tarife der Eisenbahn.

Sie verlangten ferner die Verkürzung der Schließung und Einrichtigung der Reichsbahnüberführungswerke, sowie die Wiedererrichtung der 200000 Zeitarbeiter.

Nachdem die Verkürzung der Arbeitszeit auf sieben Stunden täglich und 40 Stunden wöchentlich voller Lohnausgleich und Erhöhung der Löhne um mindestens 20 Pfennig pro Stunde.

Durch die Arbeitsverhältnisse werde die Betriebsarbeit noch mehr untergraben und gleichzeitig Forderungen nach Privatbesitz und einer Reihe höherer Beamten Löhne und Löhne erhöht, wie die Vorgänger bei der „Firma“ bewiesen.

Für die Arbeiter sei kein Geld vorhanden, aber Tausende von Millionen RM werden für Fährnisse und enorme Gehälter für einige hundert Beamte der Reichsbahn ausgegeben. Der Sozialdemokrat Scheffel wandte sich gegen die kommunistischen Angriffe auf die Eisenbahn und erklärte, daß die „politische Arbeit“ der Reichsbahn in die Zwangslage versetze, die jährlichen Ausgaben zu drücken, was auch zur Schließung der Werkstätten führe.

Es folgte dann die Abstimmung über folgende Entschlüsse der kommunistischen Fraktion. Das Resultat der Abstimmung

Bauarbeiter durchbrechen die wirtschaftsriedliche Front

Streik der Bauarbeiter bei der Firma Cichler, Dresden Reformisten sabotieren den Kampf — Die Belegschaft wählt eine Streikleitung

Seit 14 Tagen erhalten die bei dem Hausbauunternehmer Cichler (Bahndamm Perleth-Itzgrund) beschäftigten Arbeiter keinen Lohn. Am Dienstag verlangten die Arbeiter die sofortige Auszahlung des Lohnes. Die Firma verweigerte den Arbeitern, die Auszahlung am Mittwoch vorzunehmen, doch erfolgte die Auszahlung nicht, worauf die Arbeiter am Mittwochmorgen in den Streik traten.

Der Bauarbeiter, SPD-Mann, Herbert Lehmann, besetzte sich als williger Unternehmerrückfall. Er verbot dem von den Arbeitern von der RSG angeordneten Streik das Betreten der Baustelle. Der Vertreter der RSG sprach hierauf von der Straße aus und wies die Bauarbeiter darauf hin, daß sie unter keinen Umständen den Kampf aufgeben dürfen, bevor nicht ihre Forderungen erfüllt seien. In diesem Sinne entschied sich die Belegschaft. Sie stellte ein Ultimatum, daß, wenn am Donnerstag kein Geld nicht ausgezahlt wird, der Streik fortgesetzt. Die Reformisten blieben ihrer Streikbruchsfähigkeit treu und erklärten den Kampf der Bauarbeiter als Tarifkampf. Das wird die Arbeiter nicht hindern, den Kampf fortzusetzen. Die Belegschaft wählte aus ihren Reihen eine Streikleitung.

Die Aufgabe der Dresdner Bauarbeiter ist, jede Streikbruchsmöglichkeit abzulehnen und dem Beispiel der Streikenden zu folgen, auch auf ihren Baustellen den Kampf zu organisieren.

Aufgabe der Arbeiterinnen sein, diese Konferenzen zu organisieren, sondern es ist die Aufgabe der Gesamtpartei, der revolutionären Gewerkschaftsopposition und der revolutionären Arbeiterorganisationen.

Die Betriebszellen der Partei müssen die Einberufung von Belegschaftsversammlungen fordern, in denen Stellung genommen wird zu den Konferenzen werktätiger Frauen und wo Delegierte gewählt werden.

Die Straßenzellen der Partei haben die Aufgabe, Häuserblockversammlungen abzuhalten, die Arbeiterinnen auf die Bedeutung der Konferenzen aufmerksam zu machen.

Keine Arbeiterorganisation darf vorhanden sein, in der nicht zu der Frage der Konferenzen werktätiger Frauen Stellung genommen wurde.

Aus den Betrieben, den Wohngebieten, den Arbeiterorganisationen, von den Stempelstellen müssen Delegierte zu den Konferenzen am 25. Mai entsandt werden.

Werden die Konferenzen werktätiger Frauen als eine der Hauptaufgaben für die Mobilisierung der Arbeiterinnen betrachtet, dann dient diese Arbeit zu gleicher Zeit zur Organisierung der Kampffront der Metallarbeiter und Arbeiterinnen für die Durchsetzung der Forderungen der revolutionären Metallarbeiteropposition.

in den einzelnen Forderungen der Entschließung angehängt. Die Entschließung lautet:

„Der Ausschuh wolle beschließen, folgende Entschließung anzunehmen, die Reichsregierung zu erwidern:

1. die von der Reichsbahnverwaltung beschlossene Tarif-erhöhung für die Beförderung von Personen und Gütern hat zu unterbleiben; die Zustimmung des Reichskabinetts zur Erhöhung der Stud- und Erpreßgebühren wird rückgängig gemacht;

(Dieser Antrag wurde gegen die Stimmen der SPD abgelehnt.)

2. alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um die geplante und teilweise bereits in Angriff genommene Schließung bzw. Einschränkung der Eisenbahnüberführungswerke (insbesondere der Werke in Dresden, Dresden-Friedrichstadt, Dörmum, Magdeburg-Gudum, Cölben und Solingen usw.) zu verhindern;

(Dieser Antrag wurde angenommen.)

3. den Beschluß der Reichsbahnverwaltung, der vorsieht, daß 20000 Zeitarbeiter weniger eingestellt werden sollen, rückgängig zu machen;

(Dieser Teil wurde gegen die Stimmen der SPD und KPD abgelehnt.)

4. dahin zu wirken, daß die Einschränkungen der Reparaturarbeiten an Fahrzeugen aufgehoben werden;

(Mit allen Stimmen gegen die SPD abgelehnt.)

5. dahin zu wirken, daß die Arbeitszeit der bei der Reichsbahnbeschäftigten Arbeiter, Angestellten und Beamten nicht mehr wie 7 Stunden täglich und 40 Stunden wöchentlich beträgt; es ist voller Lohnausgleich sowie eine Erhöhung der Löhne um 20 Pfennig die Stunde zu gewähren.

(Gegen diesen Teil stimmten alle bürgerlichen Parteien einschließlich der Sozialdemokraten.)

Die Eisenbahner müssen sich darüber klar sein, daß trotz des Beschlusses gegen die Schließung der Werkstätten die Reichsbahnverwaltung die weitere Schließung betreiben wird.

Gerichtsnotorische Niederlage der Spalter

Schart auch um die revolutionäre Gewerkschaftsopposition!

Hamburg, 12. Mai.

Nach dem Amtsgericht Aachen fand ein Prozeß statt, in dem die oppositionelle Textilarbeiter von der Parafabrik des Deutschen Textilarbeiterverbandes des Hauptverbandes angeklagt waren. Es handelt sich um die bekannten Aachener Vorgänge vom November u. J., wobei sich die Textilarbeiterinnen durch ihr mutiges Vorgehen belohnt sahen.

Gen. Waldemar Roggen wurde wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt zu 30 RM Geldstrafe verurteilt und die angeklagten Arbeiter Gustav Karan, Rudolf Sinn, August Vogt und die Arbeiterin Marie Karan freigesprochen. In der Verhandlung mußte selbst das bürgerliche Klagengericht feststellen, daß die ditatorischen Ausschüsse oppositioneller Kollegen hüteten und rechtsmäßig seien. Als der wahre Angeklagte blieb der sozialdemokratische Genosse des Deutschen Textilarbeiterverbandes, Dahlmann, im Gerichtssaal.

4 oppositionelle Textilarbeiter waren ausgeschlossen worden, und die Parafabrik des Textilarbeiterverbandes hatte eine Verurteilung einberufen, wo sie die Ausschüsse rechtfertigen wollte. Nachdem die 1 ausgeschlossenen Kollegen nicht zugelassen wurden, brach ein Protestum los und die Textilarbeiterinnen trugen die Ausschlossenen auf den Schultern in den Saal. Die Parafabrik wachte sich nicht anders zu helfen, als ein Heberfallkommando zu alarmieren, das mit aller Brutalität und gegenseitigem Kräftever gegen die oppositionellen Gewerkschaftskollegen vorging. Sogar die Gewerkschaftsbürokraten beteiligten sich mit mitgebrachten Schlagringen an der Attacke auf die weiblichen Frauen. Die beiden amnestierten Gemeindefunktionäre, der Hauptleiter Dahlmann aus Hannover und der Hilfsleiter Rönke aus Neumünster, mußten aber erleben, daß sich die Textilarbeiterinnen zur Wehr setzten.

Die Niederlage der Sozialdemokraten muß für alle Gewerkschaftsmitglieder ein erweiterter Alarm sein, daß um die revolutionäre Gewerkschaftsopposition zu kämpfen und den Kampf gegen die sozialdemokratische Gewerkschaftsbürokratie in den Betrieben und Betrieben vorwärts zu führen.

Betriebsrat für den HVB Pirna

am Sonntag dem 18. Mai, vormittags 9 Uhr, im Volkshaus Pirna. Thema: Das Betriebsrätegesetz, Referent Gen. Bruner, Dresden. Alle Betriebsräte sowie Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionäre müssen erscheinen. HVB-Komitee der RSG.

Betriebsrat für Pirna und Gewerkschaftliches HVB-Komitee, 21. 5. 30. Referent, für Pirna, Sport und Fußball. HVB-Komitee, Dresden. Referent: HVB-Komitee Pirna. Referent: HVB-Komitee Pirna. Referent: HVB-Komitee Pirna. Referent: HVB-Komitee Pirna.

Fordern Sie ausdrücklich

MAGGI' Fleischbrühwürfel

Achten Sie auf den Namen MAGGI und die rot-gelbe Packung



Rund um den Erdball

Proletarische Säuglinge als Versuchsfarnikel getötet

Durch Calmettesches Tuberkelserum acht Kinder vergiftet, 23 schwer erkrankt

Lübeck, 14. Mai. Von den 216 Säuglingen, die hier mit dem neuen Calmetteschen Tuberkelserum ernährt wurden, wodurch sie angeblich für ihr ganzes Leben gegen die Proletarierkrankheit Tuberkulose immun werden sollen, sind nunmehr acht gestorben, während zur Zeit noch 23 an denselben Vergiftungserscheinungen schwerkrank im Hospital liegen.

Wie weiter bekannt wird, handelt es sich bei den Verstorbenen und Erkrankten hauptsächlich um Säuglinge im Alter von einem bis zehn Tagen. Das Calmette-Schutzverfahren muß nach den Vorschriften des bekannten französischen Bakteriologen Calmette gleich nach der Geburt angewandt werden. Es besteht darin,

daß Kulturen von Kindertuberkelbazillen den Säuglingen im Essen beigegeben werden. Aus diesen Kindertuberkelbazillen entwickelt sich dann ein Schutzstoff in ähnlicher Weise, wie bei einer gewöhnlichen Pockenimpfung.

Angeblich soll dieses Schutzmittel gegen die verheerende Proletarierleuse in den verschiedensten Staaten der Welt mit guten Erfolgen angewendet worden sein. Selbst die „Medizinische Gesellschaft“ sowie das „Zentralkomitee zur Bekämpfung der Tuberkulose“ haben keine Bedenken gegen die Anwendung des Calmetteschen Schutzverfahrens geäußert. Und so hatte sich die Stadt Lübeck als erste zu einem Versuch entschlossen.

Seit März d. J. wurde das Mittel in rund 216 Fällen versucht.

Wade und Ernährung der Säuglinge erfolgte unter Zustimmung der Eltern, die man zu überzeugen verstand, daß nunmehr ihre Kinder für ihr ganzes Leben gegen die Proletarierkrankheit gesichert seien.

Anstatt dieser entsetzlichen Folgen sah sich die verantwortliche Gesundheitsbehörde gezwungen, die Einstellung dieses auf einstimmigen Beschluß des Lübecker Gesundheitsamtes ein-

geführten Schutzverfahrens sofort zu veranlassen. Daß irgend ein Versehen bei der Zuführung der Kulturen aus Paris oder bei der Weiterentwicklung der Kulturen im Lübecker Krankenhaus geschehen seien, wird von den Lübecker Ärzten in Klärung gestellt. Nach deren Behauptungen sollen die aus Paris bezogenen Kulturen

in Lübeck erst einmal an Tieren erprobt

und in allen Fällen für einwandfrei befunden sein.

Die getöteten Säuglinge, desgleichen auch die erkrankten, zeigen Anschwellungen der Halsdrüsen, Ausschläge und Anschwellungen der Bauchdrüsen, also alles Anzeichen der typischen Tuberkuloseerkrankungen.

Die Lübecker Unglücksmeldung hat in den Kreisen der bürgerlichen Wissenschaft nicht geringe Bestürzung und Aufregung verursacht. Man hat sich doch endlich ein sicheres und den Sophisterei des bürgerlichen Staates nicht allzu sehr belastendes Heilmittel

gegen die unheimlich grassierende Proletarierkrankheit Tuberkulose gefunden zu haben. Vom Standpunkte der bürgerlichen Wissenschaft, also vom Klassenstandpunkte der kapitalistischen Mediziner, die dieses Verfahren in unverantwortlicher Weise als „erprobtes Allheilmittel“ ausposaunten, bedeutet das Lübecker Drama geradezu eine katastrophale Enttäuschung. Dokuken sie doch bereits jahrzehntelang mit allen möglichen Pillen und Serums an den Wirkungen der verheerenden Tuberkuloseleuse herum, ohne das Uebel jemals an der Wurzel zu fassen. Erst dann, wenn sich diese Herzen bequemen, mit der revolutionären Arbeiterkraft und mit den freiheitlich denkenden Ärzten konsequent einzutreten für ausreichende Entlohnung, für Beseitigung der menschlichen Wohnungsnot, Bereitstellung geheimer Mittel für Sozialausgaben und endlich Befreiung des kapitalistischen Klassenstaates, erst dann wird mit Hilfe der ernsthaften medizinischen Wissenschaft die furchterliche Geißel Tuberkulose aus der Welt geschafft werden.

Vor Eröffnung der „Turksib“



Unser Bild zeigt die Verengung der beiden Schienenstränge. Die Arbeiter befestigen die letzten Schrauben. Einige Minuten später fährt unter brausendem Jubel aller von nah und fern herbeizustehenden Zuschauer der erste Eisenbahnzug über die verengten Strecken.

Wo Fridtjof Nansen starb



Unser Bild zeigt Nansens Villa in Fornebo bei Oslo.

Erwerbsloser vergiftet sich mit Salzsäure

Auf dem Arbeitsamt in Bremerhaven hat sich am Freitag der 34jährige Konditor Hamke aus Berlin mit Salzsäure vergiftet. Hamke war auf Verdrängungen von Hochbeamten von Berlin nach Bremerhaven gekommen. Doch war es ihm hier nicht möglich, Arbeit zu erhalten. Schließlich kam er bei einem Pöckermeister in Geestemünde unter. Doch auch hier wurde er bald wieder entlassen und nun kontraktierte er beim Arbeitsamt Bremerhaven Unterstützung, die ihm glattweg verweigert wurde. In seiner grenzenlosen Verzweiflung ließ sich Hamke beim Vorsitzenden des Arbeitsamtes melden und kaum, daß er in dessen Zimmer eingetreten war, zog er eine Glasflasche aus seiner Rocktasche und trank den Inhalt auf einen Zug aus.

„Jetzt ist mir alles egal“.

sagte er dann, und fiel tot um.

Das Bremerhavener Organ der Sozialdemokraten, die „Norddeutsche Volksstimme“, die ihren Lesern diesen Vorfall nicht vorenthalten kann, findet an dieser für die Not der Erwerbslosen bezeichnende Verzweiflungstat nichts Absonderliches. „Der Unterstützungsanspruch Hamkes hätte erst geprüft werden müssen.“ (1) Schluß, Punktum.

Das Millionenheer der Arbeitslosen, das diese farnose „Prüfung“ zur Genüge kennt, muß endlich Schluß mit diesen „ewigen Prüfern“ machen und sie mit samt ihren kapitalistischen Auftraggebern aus den Arbeitsämtern verjagen.

Riesenfeuer in der Wolga-Republik

Über hundert Häuser eingäschert — Ganze Bevölkerung beteiligt sich an Löscharbeiten — Sowjetregierung organisiert großzügige Hilfsaktion

Pokrowsk



Unser Bild gewährt einen Blick auf das malerisch an der Wolga gelegene Pokrowsk, einer Stadt von 34 000 Einwohnern.

Moskau, 14. Mai. In Pokrowsk, der Hauptstadt der Deutschen Wolgarepublik, entstand am Montag ein riesiges Großfeuer, das sich infolge starken Windes über 10 Stadtravens ausbreitete. Erst spät abends gelang es mit Hilfe der aus Saratow herbeigezogenen Löschzüge und Löschdampfer des Feuers Herr zu werden.

Die Sowjetregierung hat, sobald sie Meldung von dem großen Unglück erhielt, eine Regierungskommission eingesetzt, die unverzüglich eine großzügige Hilfsaktion für die durch den Brand Geschädigten organisieren und eine Untersuchung der Brandursache einleiten soll.

In einer Bekanntmachung spricht die Regierungscommission der Bevölkerung von Pokrowsk den Dank aus für die unerschrockene Beteiligung bei der Bekämpfung des Feuers. Die Einwohner der abgebrannten Häuser wurden ausreichend mit Lebensmitteln versorgt und in Klubs und sonstigen öffentlichen Räumen untergebracht.

Kalischacht III erfassen

Wasserstand steigt ständig höher

Wienburg, 14. Mai. Die Lage der erfassenen Kalischächte in Wienburg verschlechtert sich stündlich. Nunmehr hat sich herausgestellt, daß nicht nur das Gargstühlfen Ocker, sondern auch die Ocker unterirdisch ihr Wasser in die Schächte ergießt.

Der am Freitag neu entstandene Trichter ist durch weitere Erdböße erheblich vergrößert worden. Der Boden des Trichters bildet einen ungeheuren Stempel, in den dauernd Erdmassen und Säure hineinstürzen und darin spurlos verschwinden. Wie die im Schacht eingetragenen Arbeiter, die bis zur 4. Sohle kamen, melden, soll das Wasser in den tieferen Schichten langsam aber ständig steigen. Am Dienstag abend mußte man den Schacht III als verloten aufgeben. Alles in allem sind bisher nicht weniger als 95 000 Kubikmeter Erde abgeräumt. Am Dienstag nachmittag ereignete sich am Bahndamm ein neuer Erdböschung, in der Nähe des Hintenherdeinmittles. Der Zugverkehr mußte vorübergehend eingestellt werden.

Das tägliche Grubenunglück in Oberschlesien

Wieder 3 Kumpels tot

Gleiwitz, 14. Mai. Die am Montag in der Concoridiagrube in Hindenburg bei der schweren Schlagwetterkatastrophe getöteten Bergleute sind noch nicht beerdigt, da erreicht uns wiederum die Unglücksmeldung von einem Grubenunglück in Oberschlesien. Diesmal wurden auf der Fischenanlage Sosniza in Gleiwitz drei Bergleute von hereinströmenden Gesteinsmassen verschüttet. Während bereits die Leiche eines Bauers geborgen werden konnte, sind die beiden anderen Bergleute noch eingeschlossen. Man hat keine Hoffnung, sie lebend zu bergen.

Einsturzunglück in einem Kalkwerk

Auf bisher ungeklärte Weise löste sich am Dienstag nachmittag auf dem Kalkwerk Vengelsfeld bei Chemnitz eine etwa 300 Zentner schwere Wand, die 2 Arbeiter unter sich begrub. Beide konnten nur als Leichen geborgen werden.

52 000 Mark Kirchengelder „ehrenamtlich“ unterschlagen

In der Regensburger Kirchenkasse, die ein dortiger Kohlenhändler ehrenamtlich verwaltete, wurde bei der Revision der Bücher ein Fehlbetrag von 52 000 Mark festgestellt. Gegen diese ehrenamtliche Säule der Regensburger Christenheit ist bei der Staatsanwaltschaft Anzeige eingereicht.

Deutsches Reichspatent Nr. 500 000

Am 12. Mai hat das Reichspatentamt das 500 000. Reichspatent erteilt. Entsprechend dem rasenden Fortschritt der Industrialisierung Deutschlands ist auch die Zahl der Patentnummern gestiegen. Das Patentamt wurde im November 1877 gegründet und besteht somit heute 52½ Jahre.

Für die fe...
mit der Gef...
leiten wurde, a...
las, wie nach...
Man hebt ih...
föhen im d...
formuliert le...
ten und die...

Die Arbeit...
anderen Kal...
plans. Bei de...
demokratie ne...
Deutschland fo...
diele Finanz...
geben den...
Entscheidung...
amerikas erfo...
brüde vieler...
unangelehrt...
bistern Dilem...
des Konfuzen...
beuter zu eine...

vor. Betrach...
der fählichen...
Wahrscheinl...
schieden und...
Pantagoso...

schlot

Wie kann das...
Leere Geld...
der all die...
und Steuern...
den Sozialre...
gelegt. Geld...
in Preußen, d...

Es sind...
Festhaltung...
Heute gegen...
unverfügt...
Fehlzug des...
Anstrengung...
haben sollen...
obgleich best...
grüß. Die Fe...

Die Aufnahme...
immer mehr...
nung der Be...
fallen. Das...
in Händen h...
als ihre U...
Beamtenhirs...
ber Organe...

Das Br

Die Arbeiter...
sich nicht ein...
Wagnissen...
recht unange...
föhen im d...
geschwiegen...
fürung der...
Löhne, nach...
über die ma...

Die ren

Aus einem...
schlich, daß...
Entfuhr lö...
beheftet mit...
Ausmittlung...
jezt jammer...
Arbeiter ein...

Wohin die...
Wohlen der...
selbst die b...
fratliche Sch...
das nicht be...
der Zeit bei...
Kollegen. Y...
gedie...
Proletar...
werden den...
dort von d...
Kämpfe...
GSD gegen...
nehmen die...
Sie ermun...
griffen dab...
für die Ar...

„Die...
Wenn die...
frecher Bor...
„linke“ Gur...
schalten pre...
geführt wer...
folgt promp...
heit nun d...
„Rinken“ in...
durch die...
sermüht, d...

Die Da...
mit den A...
auf bilige...
Stunde...
Kampfes in...
tation alle...
nung des...
legt. Das...
metrischen...
Die Sozial...
schreien...
den Malles...
recht, ist n...
lein.

Unsch...
führen hat...
und Klein...

Mehr Internationalismus!

Der V. Kongress der Roten Gewerkschafts-Internationalen muß und wird anders sein, als die Kongresse der Arbeiter-amerikane. Er wird nicht ein Kongress von Gewerkschaftsbeamten, sondern der breiten Arbeitermassen sein. Dazu ist es aber nötig, die Massen der Arbeiterschaft für den Kongress zu interessieren und zu mobilisieren, zumal es sich diesmal um die Jahrestagung der RGI handelt. Die Pflicht, in diesem Sinne tätig zu sein, liegt jeder Anhänger der revolutionären Gewerkschaftsopposition ob. Es fehlt aber noch sehr an dem internationalen Geist, der nicht nur jetzt, sondern immer die Tätigkeit revolutionärer Gewerkschafter befehlen muß. Mehr Internationalismus, das ist die Forderung der Stunde. Mehr internationaler Geist muß in alle Handlungen der revolutionären Gewerkschaftsopposition hineinwirken. Hieran mangelt es noch außerordentlich.

In der Tat, leben wir uns einmal die Tätigkeit der revolutionären Gewerkschaftsopposition Deutschlands an. Gemäß der revolutionären Gewerkschaftsbewegung viel für die Erzeugung internationalen Geistes. Aber viel, viel mehr muß noch in dieser Hinsicht getan werden. Gemäß, wenn es sich um ganz große internationale Ereignisse handelt, ist das Interesse aller Genossen wach. Aber selbst hier dauert es zu lange, bis unsere Anhänger reagieren. Man denke nur an den unter revolutionärer Leitung vor sich gehenden Streik der englischen Wollarbeiter oder an den Streik der Bauarbeiter von Belgien und Frankreich, der nicht zum wenigsten zusammenbrach, weil die finanzielle Solidarität nicht ausreichte.

Der Schaden, welchen die deutsche Arbeiterbewegung durch unzureichendes internationales Interesse erleidet, zeigt sich in der Bauarbeiterbewegung. Zweifellos würden die Bauarbeiter Deutschlands für ihre eigene Bewegung härteren Anteil erfahren haben, wenn sie besser informiert gewesen wären über den Schweizer Kampf und über die gewaltigen Bauarbeiterkämpfe in Frankreich, wo im April 29.000 Bauarbeiter im Streik standen.

Aber hier liegt gerade der Mangel: unsere Genossen wissen zu wenig über die revolutionäre Gewerkschaftsbewegung in anderen Ländern.

Sie wissen nicht, daß im vergangenen Jahr in Frankreich unter revolutionärer Führung 470.000 Arbeiter im Streikkampf standen und meist siegreich waren.

Sie wissen nicht genug von den glänzenden Kämpfen, die revolutionäre Gewerkschaften in Amerika führen. Sie kennen nicht die übertragende Rolle der revolutionären Gewerkschaftsbewegung in Griechenland, Rumänien, Jugoslawien, Bulgarien. Sie wissen nicht, daß revolutionäre Gewerkschaften die Schrittmacher der indischen Revolution sind. Sie kennen nicht die deutsche Bewegung, leben aber selbst über die deutschen Vorgänge hinweg und unterschätzen deshalb häufig die angehenden Fortschritte der Roten Gewerkschafts-Internationalen. Jedem sozialistischen Genossen über Abfall von Kämpfen in anderen Ländern, etwa in der Tschechoslowakei, liegen sie daher ziemlich hilflos gegenüber, weil sie nicht wissen, daß sich dort parallel mit der Abkämpfung reformistischer Elemente die Konsolidierung der revolutionären Gewerkschaftsbewegung vollzieht. Die Anhänger der revolutionären Gewerkschaftsopposition Deutschlands wissen wenig von den gewaltigen Klassenkämpfen, die sich im Ausland abspielen, und darum unterschätzen sie die Kraft der revolutionären Gewerkschaftsbewegung. Sie sind z. B. völlig überzeugt von der internationalen Bedeutung des Kampfes der Tennishaberarbeiter, des Streiks der Berliner Kohleleger, aber von den revolutionären Kämpfen der französischen Metallarbeiter in Guise und Belfort oder des noch heute andauernden heldenhaften Streiks der Arbeiter der Gang-Danubius-Werke in Frankreich oder der Metallarbeiter von Kischina in Rumänien wissen sie so gut wie nichts. Und eine ganz geringe Bekanntschaft über selbst nur moralische Solidarität wurde doch diesen Arbeitern von großem Nutzen sein und ihr Vertrauen zur Roten Gewerkschafts-Internationalen stärken.

Eine wichtige Kraftquelle der revolutionären Gewerkschaftsbewegung wird wegen ungenügender Kenntnis der internationalen Arbeiterkämpfe nicht genügend ausgenutzt.

Standrecht in Scholapur

Schießerlaß der Militärbehörden — Peshawar nach dem Bombenangriff

Bombay, 14. Mai. Nach übereinstimmenden Meldungen haben die englischen Truppen inzwischen Scholapur besetzt. Das Standrecht wird mit größter Schärfe durchgeführt. Die Militärbehörden haben ein allgemeines Versammlungsverbot für die Zeit von 7 Uhr abends bis 6 Uhr früh erlassen. Während dieser Zeit darf sich bei Strafe der sofortigen Erschießung kein Mensch auf der Straße sehen lassen. Niemand darf Waffen tragen, auch das Mitführen von Gummiknüppeln ist verboten. Ansammlungen von mehr als vier Personen sind untersagt. Die Polizei nimmt wahllos Hausdurchsuchungen und Verhaftungen vor.

Die Lage ist außerordentlich gespannt. Die Bevölkerung ist von einer großen Erregung erfüllt. An dauernd kommt es zu kleineren Zusammenstößen. Alle Ausländer und reichen Jnder verlassen in großen Scharen die Stadt. Die auslaufenden Jäger sind überfüllt. Alle Anzeichen sprechen dafür, daß die englischen Militärbehörden einen großen Überfall an der indischen Revolution planen.

Auch in Peshawar herrscht eine gespannte Lage. Die Bombardements, die englische Bombenflugzeuge auf die Häuser der Aufständischen vornahmen, haben die Erregung der Bevölkerung der Nordwestprovinz aufs äußerste gesteigert. Es ist jedoch vollkommen unmöglich, genaue Nachrichten über die Lage in Peshawar zu erhalten.

Straßenkämpfe in Rangoon

London, 14. Mai. Der Hafenarbeiterstreik in Rangoon hat nach den letzten Meldungen ein alarmierendes Stadium erreicht. Mehr als 6000 Arbeiter stehen im Kampf. Die Schiffsahrt ist vollkommen lahmgelegt. In der vergangenen Nacht unternahm die Streikenden einen Sturm auf eine Werft.

Im Laufe des Tages kam es wiederholt zu Zusammenstößen demonstrierender Arbeiter mit der Polizei. Die Polizei war den Kundgebungen gegenüber machtlos. Die Behörden forderten Militär an. Dagegen kam es zu blutigen Straßenkämpfen. Nähere Meldungen darüber fehlen noch.

Sturm auf ein Salzdepot

Bombay, 14. Mai. Auf das Salzdepot von Schiroda wurde von 200 Freiwilligen ein neuer Sturm unternommen. Die Polizei griff ein und verhaftete 158 Personen. Bei den Zusammenstößen wurden 16 Personen verletzt.

Manojee Toon Manilal Gandhi teilt Vorbereitungen für

die auf Donnerstag angelegte „friedliche“ Eroberung des Salzdepots in Dharaşana, die kein Vater und dann Abbas Inabji durchzuführen verhindert wurden. Manilal Gandhi beriet heute vormittag mit den Führern über die geplante Aktion. 25 Freiwillige sind mit Werkzeugen für das Zerbrechen des Drahtzauns ausgerüstet, der das Gebiet des Depots von Dharaşana umgibt.

Hungerstreik politischer Gefangener

Ahmedabad, 14. Mai. Im Gefängnis von Sabarmati And zahlreiche politische Gefangene, darunter Ballabhai Patel, in den Hungerstreik getreten.

In Karadshi wurde zum Protest gegen die Verteilung von Gandhis Nachfolger, Inabji, ein allgemeiner Trauertag durchgeführt. In vielen Kassen wurde streikend. Die Läden blieben geschlossen.

Streikämpfe in Reims

Paris, 13. Mai. In Reims, wo die Bauarbeiter seit Wochen unter revolutionärer Führung im Streik stehen, kam es gestern wieder zu schweren Zusammenstößen mit Streikbrechern und der Polizei, die die Streikbrechergarden vor der empönten Arbeiterschaft mit blanker Waffe beschützte. Mehrere Streikende, darunter auch der Sekretär der revolutionären Bauarbeitergewerkschaft, wurden verhaftet.

Kurze Auslandsnachrichten

Die Arbeitslosenfrage in England betrug nach einer Mitteilung des Arbeitsministeriums in der am 3. Mai zu Ende gegangenen Woche 1.712.000, was gegenüber der Vorwoche eine Vermehrung um 13.611 bedeutet.

Neue Kommunitätsverhältnisse nahm die politische Polizei in Gwynedd vor, wo nach amtlichen Mitteilungen auch zahlreiche illegale Druckschriften beschlagnahmt wurden.

Der Polizeipräsident von Madrid ist von seinem Posten zurückgetreten.

Eine Film-Olympiade wird für die nächste Zeit in der Comptenion geplant. Es werden Kulturfilme zur Aufführung gelangen, die das Leben der einzelnen Völker des Sowjetstaates darstellen. Zur Teilnahme an der Film-Olympiade werden interessierte ausländische Filmfachleute und Künstler eingeladen.

der Kenntnis der internationalen Arbeiterkämpfe nicht genügend ausgenutzt.

Die Verbreitung internationaler Kenntnisse ist daher eine der wesentlichsten Voraussetzungen für Steigerung der Kampfkraftigkeit des deutschen Proletariats.

Man kann nicht verschweigen, daß die Rote Gewerkschaftsopposition Deutschlands hier bei einer wichtigen Aufgabe nicht genügend leistet. Die Rote Gewerkschafts-Internationalen haben revolutionären Gewerkschaftern ausreichende Möglichkeiten gegeben, sich international zu orientieren. In der Monatszeitschrift „Die Rote Gewerkschafts-Internationalen“ nehmen die Führer der internationalen Gewerkschaftsbewegung zu allen Fragen und Bewegungen ausführlich Stellung. Das „Rote Gewerkschafts-Bulletin“, eine Wochenzeitschrift, berichtet über alle aktuellen Vorgänge der Gewerkschaftskämpfe in allen Ländern. Die „Sozialökonomische Arbeiterzeitung“ liefert ein theoretisches Material mit dem jeder revolutionäre Gewerkschaftsfunktionär die Arbeitsarten der sozialistischen Gewerkschaftsbewegungen mit Leichtigkeit

entkräften kann. Leider werden diese Informationsmöglichkeiten von den Funktionären der revolutionären Gewerkschaftsopposition völlig ungenutzt ausgelegt.

Vor allem handelt es sich darum, daß die revolutionäre Gewerkschaftsopposition Deutschlands, gestützt auf gute internationale Informationen, sich die internationalen Kampferfahrungen junger Kämpfer für ihren eigenen Kampf gemessen machen kann. Das Fund der internationalen Solidarität muß weiter gestärkt werden. Die Gelegenheit dazu bietet der internationale revolutionäre Wettbewerb zur Vorbereitung des V. RGI-Kongresses, den die revolutionäre Gewerkschaftsopposition Deutschlands mit den Sowjetgewerkschaftern eingeleitet hat. Dieser Wettbewerb darf nicht nur auf dem Papier stehen, sondern muß reale Wirklichkeit werden. Internationales Interesse, internationale Willen, internationale Erziehung der deutschen Arbeiterschaft: das sind Voraussetzungen, welche die revolutionären Gewerkschafter Deutschlands erfüllen müssen, wenn sie den Wettbewerb mit den kampferprobten Gewerkschaften der Sowjetunion erfüllen wollen.



Gezeichnet von Rosa-Luxemburg u. Clara Zetkin.

44. Fortsetzung

„Morgen, Frau Behold!“
„Morgen! — warten Sie ein wenig, — oder kommen Sie ruhig herein!“
„Ah, Sie! Morgen, Herr Behold! Na, sind doch gekommen.“
„Sophie war schon niedergeschlagen.“
„Sophie lacht, greift dann in den Kleiderkasten, in dem das Brot aufgestapelt ist, gibt Frau Gramer ein Brot und ein halbes Baker Butter. Frau Gramer bekommt Augen wie ein Kind.“
„Frau Behold!“ bringt sie nur herbei — und sieht auf das Brot und die Butter, als könne sie sich gar nicht mit dem Reichtum abfinden.“
„Sophie sagt: „Nehmen Sie nur, Sie haben mir so oft gegeben, machen Sie allen eine richtige Butterstulle.“ Da quersieht Mutter Gramer das Brot unter dem Arm, nimmt die Butter an sich und flüstert: „Wahen, vielen Dank!“
„Sie gibt mir öfter Milch“, sagt Sophie, „Sie hat heute wieder, kann die Milch, die Sie bekommt, gar nicht laufen.“
„So viel?“
„Na, für die ganz kleinen einen halben, für die andern einen Viertel Liter. Ihr Mann arbeitet in Spandau, in der Artilleriewerkstatt. Sie kann natürlich nicht alles bezahlen, was es auf Karten gibt.“
„Und die Kinder?“
„Demu muß sie eben geben, was sie hat. Wenn sie nicht jede Woche ein paar Brotkrumen verkaufen würde, käme sie gar nicht zurecht. Köhne dir doch aus: Acht Brode die Woche, die Milch, die Kartoffeln, die Butter und Margarine, auf acht Karten Fleisch. Dem Mann muß sie doch etwas aufs Brot legen,

er ist nun morgens fünf bis abends sieben Uhr unterwegs. Das muß sie hinterher laufen, und das ist teuer.“
„Wir spult ein Zeitungsausschnitt, den ich in irgendeiner Gewerkschaftszeitung gelesen habe, im Kopf herum: „Sozialismus, wohnt wir bilden!“ Er verheißt die ideale Verteilung der Lebensmittel in Deutschland. Für jedes Kind ist gesorgt, amtlich registriert, auf welche Menge Milch, Fleisch, Brot usw. es Anspruch hat. Nur der kleine „Schönheitsfehler“, daß der Vater bei vierzehnjähriger Schulleist die amtlich garantierten Sachen nicht kaufen kann, ist nicht berücksichtigt.“
„Da läuft es schon an: Wer Geld hat, kauft Milchkruten, Brotkruten, Frau Gramer läuft dafür mehr Kohlrüben. Der „Sozialismus“, in den ich blide, steht vor mir als der Gaunertrieb, den Kindern das Brot aus der Hand, die Milch aus der Tasse zu nehmen, den letzten Rest menschlicher Kohrung, schon so wenig, um dabei zu verhungern.“
„Ich greife nach der Zeitung: „Rechnet Kriegsanleiher!“ Dann ein langer Schmas von der Friedensbereitschaft Deutschlands, dem unterwürdigsten Friedensangebot der deutschen Regierung schon 1916. Deutschland will den Frieden, nur die Feinde wollen ihn nicht, deswegen müssen wir unbedingt durchhalten. — Streik ist verboten am Vaterland. Die Amerikaner werden sich schon wundern, ihre Truppen, die sie herüberschicken wollen, werden einfach durch unsere U-Boote abgeklaut.“
„Die Fremden stehen unerschütterlich. — Die Stimmung der Truppen ist vorzüglich.“
„Ich werfe die Zeitung hin und sage: „Komm, laß uns gehen.“ Mir wird die Stube zu eng. Ich bin tags zuvor fast nicht fortgewesen. Hier Loge sind schon um. In drei Tagen muß ich wieder abdammen.“
„Sophie räut auf, und wir gehen. Die Luft ist schon mild, der Frühling zieht nun zum drittenmal ins Land.“
„An allen Orten stehen lange Reihen von Frauen, Männern, Kindern. Aus ihren hungrigen Gesichtern grüht der Krieg. Sie warten auf ihre Gramm.“ Vor einem Pferdemeher ist Krach. Es soll da nicht reiß zugegangen sein. Ich weiß nicht, was verschoben worden ist. Eine Frau deutet auf ihren Kopf und schimpft: „Der Deed ist ja für uns gut genug, Bande die!“ Ich sehe in ihren Kopf. Sie hat Pferdemeher darin; ein Stück Vorderbein ist dabei, die Haare hängen noch daran.“
„Wir gehen in ein Warenhaus. Es gibt auch Lebensmittel ohne Karten. Milchpulver, Kartoffelfeje, „Käuderwaren“.

Ein geträumter Hering, so groß wie ein kleiner Finger, kostet eine Mark.“
„Ich sehe vor dem Glasofen, sehe auf die Heringe, sehe Sophie an. Dann die Menschen, die stumm durch die Gänge laufen, dann wieder die Heringe zu einer Mark und sage: „Was meinst du, Sophie, wenn man den ganzen Punder hier sammelt, wie das Hirt und klappert?“
„Klappert“, sagt Sophie, „let lieb.“ Nimmt mich am Arm und zieht mich fort. Ich reibe mich noch einmal los und stehe wieder vor dem Kassen mit den Ausgeklungen. Sie bestirmt mich, bittet, wie nur Sophie bitten kann. Die Menschen bleiben stehen und hören, wie ich brumme. „Dazwischen schlagen muß man, dazwischen schlagen, daß die Heringe liegen.“
„Keiner legt ein Wort, nicht für, nicht gegen.“
„Ein großer Mensch kommt, mit einer Pistole, ein anderer steht neben ihm, hat die Arme aufgetrieben; sie stellen sich vor mich hin, und der mit der Pistole sagt: „Setzen Sie vernünftig, Herr, es hat Ihnen doch niemand etwas zuleide getan.“
„Im Estrichungsraum trinken wir „Kaffee“. Sophie bringt Kuchen — von Hebriloden und Kohlrüben. Dann gehen wir. Wir wollen zu Nisse und Klaus.“
„Die ganze zum Viehdorf führende Straße hinauf stehen Hunderte von Menschen. Einige haben sich Schemel oder zum sammenklappbare Stühle mitgebracht, sitzen darauf, Frieden, lesen oder plaudern. Sie warten hier auf „billiges“ Fleisch. Deutschland spart, die Armen sind froh, für ihren lauer notwendigen Lohn von dem Abfall zu bekommen, einen Broden Fleisch von kranken Vieh, das sich nicht mehr lohnt zu verschleiden. Es wird schon dunkel. Als ich Sophie frage, ob heute noch verkauft wird, sagt sie: „Die stellen sich an zu morgen früh.“
„Anna läßt es sich nicht nehmen, uns zu bewirten. Gullan hat Sophie tüftlichen Tee mitgebracht, den Sophie mit Anna teilt, so braycht sie mich nicht mit dem Kaffee, „Kaffee“ zu quelen. Sie hat auch — durch Klaus — ein bißchen „Berbindung“, hat ein paar Kartoffeln, die sie „brät“. Als Sophie ihr ein Brot gibt und ein Stück Butter und Speck, sagt sie: „Dezza, toffeln sich schwarzen Kaffee nehmen brudt.“
„Klaus besohlt Schuhe. Er hat eine Zigarrenschachtel kleiner Lederhüchel, länglich-rundlich geformt, vor sich und kagelt auf Marthas Schuhhöhlen eines neben das andere. Martha kommt erst um halb elf Uhr. Sie hat die zweite Schicht.“

(Fortsetzung folgt)

3 Hosen Tage bei Renner

Hose

f. Herren, aus festen strapazierfähigen Stoffen, in Streif. u. a. Dess., enorm preisw., 9.75, 6.75, 4.75.

3²⁵

Hose

f. Herr., versch. farbig, Cheviot- u. a. Stoff, als Ersatzhos. f. farb. Anz. # 25.-, 17.-, 14.50.

12⁵⁰

Hose

f. H., mod. Cheviot- u. kammgarnart. Stoffe, best. Sitz, bes. preisw. # 20.-, 25.-, 19.50.

12⁵⁰

Hose

f. Herr., f. Tennissp. u. Strand, gute Flanell- u. a. Stoffe, mod. Ausführung, 32.-, 29.-, 23.50. In Körper... # 13.50, 7.75, 5.95.

17⁵⁰

Hose

f. H., f. Sport u. Wandern, verschied. farb. strapazierfäh. Velveton, sportgem. Ausf. 14.50, 20.50.

6⁷⁵

Hose

f. Herr., Knickerbocker, mod. Cheviot- u. a. Stoffe, eleg. Sitz, gute Verarbeitung. # 29.-, 25.-, 16.50, 12.50.

5⁷⁵

Hose

f. Herr., Breeches, versch. Cord- u. a. Stoffe, f. Beruf und Sport, besond. preiswert. # 25.-, 21.-, 16.50.

9⁷⁵

Zahlung kann erfolgen bei Kauf der Ware unter Kürzung von 3% Skonto oder ohne jeden Aufschlag in 4 aufeinanderfolgenden Monatsraten

RENNER

Kaufhaus am Altmarkt



Du sparst an Schuhen Geld. Sorgen, kauf heut Erdal wart nicht bis morgen!

Erdal

Für alle Schuhe!

Verkehrslokal der Arbeiter
Zum Onkel Willy
Rudolfstraße 13
Kegelbahn Kartenrestaurant

Farben

für Kalk, Leim und Öl
in bekannter Güte empfiehlt
Alexander Hauptmann
Erböten - Drogerie, **Frettal-Bo.**

Rumbo

Seife

schont die Wäsche

Alle Leser

der Arbeiterstimme sind gewöhnt auch dem Inseratenteil die gebührende Beachtung zu schenken, sie kaufen nur

beeinflusst durch die in den Geschäftsanzeigen gemachten preiswerten Angebote

bei den Inserenten

Fahrräder

Expres, Haenel, National, Allright, Gebrauchte Räder v. 30 M. an. Reparaturwerkstatt für Fahrrad- und Motorräder. **P. Wolf, Gerokstraße 16**

Residenz - Büfett

Seestraße 7
Speise-Restaurant Konditorei
Zweiggeschäft: Weissenhausstraße 18
Lieferung von Kuchen und Eis frei Haus

Gasthof Doberzeit

Freitag, Sonnabend und Sonntag
Schlachtfest
Um gütigen Zuspruch bitten
Walter Winkler und Frau

Metall- u. Holzbettstellen
für Erwachsene und Kinder
Stahldrahtmatratzen
Auflage-Matratzen
zur eigenen Anfertigung
Reform-Unterbetten
solide Qualitäten
EWOLD MÜLLE
Firma, Lange Str. 17

Kohlen u. Briketts
zur Winterendeckung
liefern
prompt u. preiswert
Walter & Barth
Weimarische Str. 9-11
Tel. 59368

Ladefarben Firnisse
empfiehlt
Rich. Ehrlich
Pirna, Breite Straße

Käse, Butter, Milch, und Quark; diese vier machen stark!
Gustav Schuster
Molkereiprodukte
Heidenau
Bahnhofstraße Nr. 63

Sämtliche altbekannte
Biere
bietet frei Haus und
Kantino
Kurt Noack
PIRNA
Dohnaischer Platz

Kaufhaus Richter
Ober-Pauritz
empfiehlt
Textilwaren
Fahrräder
Sprechapparate
sowie Musikinstrumente

TENNIS

Schläger trotz Qualität niedrigster Preis

Hertie Club	Hertie	Hertie Spezial
15⁵⁰	19⁷⁵	27⁵⁰

Ausgesuchte Rahmen, prima Bespannung sind die Kennzeichen unserer Hertie-Schläger
Markenschläger bekannter deutscher Firmen stets vorrätig



Tennis-Schläger Spezial, Lein-Spitzenfabrik, prima Dammseitenbespannung ...	34⁵⁰	Tennis-Hemd weiß Farma, mit halben Armen ...	4⁹⁰
Tennis-Schläger Hertie Extra Spezial, Fabrikat Becker/Wiesbaden ...	49⁰⁰	Tennisschuhe weiß Leinen, mit angereicherter Gummisohle ...	4²⁵
Tennisbälle „Hertie“, Dutzend 14.30 ...	1²⁰	Tennisschuhe Marke „Fleet-Foot“, Kreppland 6.75 ...	5⁷⁵
Tennisbälle Slaweniger Dunlop, Dutzend 14.30 ...	1⁶⁰	Tennisschöcken weiß, Baumwolle oder Flor ...	9⁵⁰
Rackettaschen halbe Form, in vielen Farben und Mustern ...	1²⁵	Tennispullover Armellos, mit farbiger Bordüre am Hals und Lumberrand ...	7⁷⁵
Racketpressen in guter Qualität ...	1²⁰	Tennispullover Armellos, Original-Wolle, in sich gem. m. best. Bord. am Lumberrand, z. Wolle ...	13⁵⁰
Tennisblenden in vielen guten Ausführungen ...	6⁵⁰	Tennispullover Armellos, fein gestrickt, sehr fest m. aquil. farb. Motiv u. farb. Bordüre ...	14⁷⁵
Reparaturen werden sachgemäß und billig ausgeführt		Weißer Strickröcke reine Wolle ...	7⁰⁰

HERMANN TIETZ
DAS WARENHAUS AM POSTPLATZ

Esst Fische



Fische sind gesund
für alt und jung infolge ihres großen Jod- und Vitamin-Gehalts
bekömmlich für Gesunde u. Kranke
und im Vergleich zu Fleisch **billig**

In dieser Woche:

Fisch-Filet bratfertig	Pfund 45
Schellfisch ohne Kopf	Pfund 35
Kabeljau ohne Kopf	Pfund 25

Auf vorstehende Preise gewähren wir noch Einkaufsgutscheine, die am Jahreschluss mit **6 Prozent Rückvergütung** in bar ausbezahlt werden.

Waaren-Einkaufs-Verein zu Görlitz A.-G.

Zweigniederlassung Dresden